

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 80.

Montag, den 7. April 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Volkswehr.

I. Kapitalismus und Armee.

Die ungeheuren neuen Heeresforderungen der Regierung, die bei den bürgerlichen Parteien den geringsten Widerstand finden, zwingen das Proletariat, mit der äußersten Energie den Kampf gegen diese weitere Belastung des Volkes durch den Militarismus aufzunehmen. Vor einigen Jahren noch schien es, als ob das Hauptgewicht der neuen Rüstungen immer nur in einer Verstärkung der Flotte bestehen könnte; der Landmilitarismus schien gefättigt. Der Kampf gegen die Flottenrüstungen schien daher den Jubelruf unseres Kampfes gegen den Militarismus überhaupt zu bilden, und so erklärte es sich auch, daß neue Lösungen, wie die des Rüstungsabkommens, emporkamen und in den Vordergrund geschoben wurden. Es schien sogar, daß die alte Programmforderung, die in der Kritik des Landmilitarismus immer an erster Stelle gestanden hatte, die Forderung der Miliz oder Volkswehr, allmählich ihre praktische Bedeutung verloren hatte und nur noch als veraltete Tradition gelten konnte. Die neuen Heeresforderungen und die Notwendigkeit, sie energisch zu bekämpfen, stellen die Volkswehrfrage wieder in den Vordergrund des Interesses; jetzt ist es nötig, Ursprung, Wesen und Sinn dieser Forderung näher hervorzuheben und zu beleuchten.

Vielfach herrscht die Anschauung, die Milizforderung der Sozialdemokratie sei dem schweizerischen Heeresystem entnommen und entstamme ihrer Begeisterung für die kriegerischen Heldentaten der nicht militärisch gedrückten Söhne der Berge. Nichts ist irriger. Der alte Artikel von Engels aus dem Jahre 1847 über den Schweizer Bürgerkrieg kann schon zeigen, wie wenig bei unsern Vorkämpfern von irgendeiner Schwärmerei für die Eidgenossen und ihrer Heeresverfassung die Rede sein konnte. Die Sozialdemokratie steht mit diesen ihren Forderungen auf dem Boden des Kapitalismus und der entwickeltesten kapitalistischen Institutionen. Sie sind kein Abklatsch von vorkapitalistischen Verhältnissen, sondern bringen gerade die tiefste Wirklichkeit des Kapitalismus zum Ausdruck. Die schweizerische Miliz, die uns im einzelnen oft vorzügliche Beispiele für die Möglichkeit und die Wirkungen bestimmter demokratischer Institutionen im Militärwesen bot, war doch als Ganzes nur möglich, weil die kapitalistische Entwicklung fern den Alpenländern dahinkraufte, ohne deren altbäuerlichen und kleinbürgerlichen Lebensverhältnisse umzuwälzen; seitdem der Kapitalismus auch in der Schweiz immer mächtiger emporkommt, bildet sich dort die alte Volkswehr schon erheblich im Sinne des europäischen Militarismus um.

Das Fundament unserer Volkswehrforderung liegt äußerlich und historisch in den Erfahrungen der französischen Revolutionskriege — wie auch des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges —, innerlich und logisch in unserer Einsicht in das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft. Was jene Kriege zum erstenmal und am lautesten in die Welt schrien und was seitdem fast jeder Krieg bestätigte, war die große Tatsache, daß die größte Kraft einer Armee in der Begeisterung, in der aktiven Teilnahme aller Soldaten liegt, darin, daß sie ihre ganze Kraft, ihre ganze Persönlichkeit einsetzen für eine Sache, die sie als ihre eigene Sache erkennen. Das war allerdings eine alte Wahrheit; jedes Volk, das in der Geschichte einmal für seine höchsten Interessen kämpfen mußte, hatte dafür Beispiele geliefert. Aber in den französischen Revolutionskriegen stand hinter dieser Wahrheit zum erstenmal die Wirklichkeit der bürgerlichen Gesellschaft. Die Bauern und Bürger, zuvor nach Belieben mit Steuern und Fronen belegt, in ihrem Eigentum eingeengt, vom Absolutismus verächtlich als ein Besitztum der Krone behandelt, waren durch die Revolution zu freien, gleichberechtigten Staatsbürgern geworden, die selbständig über ihr Eigentum verfügten und am Staatsleben teilnahmen. Diese Errungenschaft, Mitglieder einer modernen bürgerlichen Gesellschaft geworden zu sein, verteidigten sie gegen die Söldnerheere des halbfeudalen Europas, und aus ihr schöpften sie die Kraft, halb Europa zu besiegen und zu unterwerfen.

Die Produktionsweise bedingt die Heeresorganisation und die Kriegsmethode. Wollen wir die Heeresverfassung unter dem Kapitalismus, ihre Formen, ihre inneren Widersprüche, ihre Entwicklungstendenzen verstehen, so müssen wir die inneren Widersprüche und Entwicklungstendenzen des Kapitalismus selbst heranziehen. Der Kapitalismus hat die Kräfte der Menschheit bis zur höchsten Entwicklung emporgehoben, nicht nur durch technische Erfindungen, sondern auch dadurch, daß er die persönliche Kraft jedes einzelnen zur höchsten

Anspannung, zur höchsten Leistungsfähigkeit, steigerte. Das Ziel war die höchste Steigerung des Mehrwertes, das Mittel bestand darin, daß die Menschen selbst im höchsten Grade verselbständigt, verantwortlich gemacht und an dem Resultat interessiert wurden. Dieses Prinzip erst hat die „trügliche Bärenhäuterei“, wie das kommunistische Manifest jagte, der früheren Produktionsweisen beseitigt, auf ihm beruht die Ueberlegenheit der freien Arbeit über die Sklavenarbeit, auf ihm beruht das mordende Affordsystem in der Entlohnung der Arbeit. An die Stelle einer gleichgültig gehorchenden, in demütiger Abhängigkeit dahinschwebenden Menschenmasse hat der Kapitalismus ein Volk gestellt, in dem jeder einzelne durch die Macht der ökonomischen Faktoren gezwungen ist, sich persönlich bis zum äußersten anzustrengen. Dadurch erst hat der Kapitalismus die ungeheure Massenmacht in der Produktion anwenden können, durch die er die äußere Welt umgestaltet.

Dasselbe spiegelt sich auch in der Armee. Erst der Kapitalismus hat Massenarmeen auf die Beine bringen können, in denen jeder Mann als selbständige Kraft höchster Leistungsfähigkeit mitzählt. Er hat erst die ganze Kraft, die in dem Wollen, in der angespannten Energie, in den Fähigkeiten eines ganzen Volkes liegt, für Kriegszwecke ausgenutzt und dadurch, wie in der Technik, so im Kriege, alle Leistungen früherer Epochen weit überholt. Die Kraft der kapitalistischen Armee beruht auf derselben Grundlage, wie die Kraft der kapitalistischen Produktion: erstens auf den toten Maschinen, zweitens auf der Organisation, aber drittens und vor allem auf der persönlichen Anstrengung und Tüchtigkeit jedes einzelnen Arbeiters und Soldaten.

Aber der Kapitalismus hat noch eine andere Seite. Die gewaltigen Kräfte der Menschheit, die er entfesselt hat, dienen nur dazu, den Mehrwert einer Ausbeuterklasse zu vergrößern. Die juristische Freiheit und Gleichberechtigung, die er an Stelle der feudalen Unfreiheit brachte, sind die Grundlage einer neuen Klassenherrschaft, einer neuen Ausbeutung geworden. Er zwingt die Menschen zur höchsten Anstrengung, aber diese dient schließlich nur fremden Interessen. Damit wird alles, was wir oben ausführten, nicht aufgehoben, sondern durch sein Gegenteil ergänzt; der Kapitalismus bildet einen gewaltigen inneren Widerspruch, der zu einer Lösung treibt, und der in der Auflehnung der ausgebeuteten Klasse, in ihrem Klassenkampf seinen Ausdruck findet und notwendig zum Zusammenbruch des Kapitalismus führen muß. Die persönliche Freiheit, die Selbständigkeit, die rechtliche Gleichheit, die er brachte sind kein Bahn, keine Einbildung früherer revolutionärer Kämpfer; aber sie bilden nur die eine Seite, die der anderen Seite, der modernen Klassenunterdrückung zur Grundlage dient.

Dieser Widerspruch zeigt sich auch in dem Wesen des Militarismus. Daß die mit Krieg und militärischer Machtentfaltung zu erreichenden Ziele nur den Interessen der Kapitalistenklasse dienen, kommt hier noch weniger in Betracht; denn diese Ziele sind für den Augenblick die einzigen, die möglich sind und auf dem Wege der Entwicklung liegen. Daß die Organisation der Armee die Masse der Soldaten unter das Kommando von Offizieren stellt, die als eine vom Volke getrennte Klasse zu der herrschenden Klasse gehören, entspricht auch nur der kapitalistischen Wirklichkeit, in der auch die Arbeiter in der Werkstatt unter dem Kommando eines Kapitalisten produzieren, den sie nicht selbst als Leiter gewählt haben. Während wir eine Produktionsform erstreben, in der diese Art der Leitung aufgehoben ist, wissen wir doch ganz gut, daß sie unter dem Kapitalismus nicht zu verwirklichen ist; und wenn wir dem Kommando der junkerlichen Offiziere eine Organisation gegenüberstellen, wo die tüchtigsten als Führer gewählt werden, soll das vor allem auf das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft als einer Klassenherrschaft ein scharfes Licht werfen. Der innere Widerspruch des Militarismus tritt erst scharf und klaffend in die Erscheinung, wo er vom proletarischen Klassenkampf berührt wird und ihm seine Organisation anpaßt.

Gegen den inneren Feind soll die Armee eine zuverlässige letzte Stütze bilden. Aber die Soldaten kommen selbst immer mehr aus der Klasse hervor, die den inneren Feind bildet. Daher die Versuche, sie durch die allerstrafte Disziplin zu unbedingten Werkzeugen in der Hand der Armeeführer zu machen. Die lange Dienstzeit, die für die eigentliche kriegerische Ausbildung nicht nötig ist, die grausamen Strafbestimmungen für die geringfügigsten Verstöße, die Einübung des nutzlosesten Gasmaskendrills, nur um den Soldaten das willenlose Gehorchen zur Hauptnatur zu machen, die scharfe Trennung vom Volke, als seien sie eine ganz andere Nation, die Paraden, die ihnen beibringen sollen, daß sie ähnlich wie die alten Söldnerheere nur im priaten Dienst des Königs stehen — das alles ist der Ausdruck der Tatsache, daß der Kapitalismus als Klassenherrschaft sich gegen die

ihn bedrohende Revolution zur Wehr stellen muß. Darin liegt der innere Widerspruch, die Dialektik des Militarismus, von der noch zu untersuchen ist, ob sie zu einer tatsächlichen Entwicklung wird. Der Kapitalismus hat mit der Befreiung der Menschen aus feudaler Abhängigkeit Geister aufgerufen, die er nicht mehr los werden kann: auf dem Boden der politisch-gesellschaftlichen Institutionen des Kapitalismus erhebt sich der proletarische Klassenkampf. Der Kapitalismus hat die Menschen selbständig gemacht, weil er selbständige Menschen brauchte; jetzt wird ihm das selbständige Denken der Massen, das notwendig die Form des Sozialismus annehmen muß, gefährlich, und deshalb versucht er mit künstlichen Mitteln diese Selbständigkeit wieder auszutreiben und zu unterdrücken. Das ist der Sinn des Militarismus. Aber darin liegt gerade der Widerspruch, der hier zum Widerstand wird: denn eben diese Selbständigkeit, die der Militarismus unterdrücken will, bildet einen Hauptfaktor in der Kriegstüchtigkeit der Armee.

An diesen Widerstand knüpft die praktische Kritik der Sozialdemokratie an, die sich in ihrer Milizforderung verkörpert.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Recht des Reichstages.

Der letzte Sitzungstag vor Beginn der großen Debatte über die Wehr- und Deckungsvorlagen wurde fast völlig ausgefüllt mit einer Erörterung der Rechte der deutschen Volksvertretung. Beim Etat des Reichstages, der zur Verhandlung stand, beantragten die Nationalliberalen einmal eine Abänderung des Präsenzausweises, die den Mitgliedern des Reichstages freie Eisenbahnfahrt für die ganze Legislaturperiode statt, wie bisher, für die Session zu erteilt. Der Antrag wurde nahezu einstimmig angenommen. Das ist freilich nicht das erstmal, daß der Reichstag diesen berechtigten Wunsch ausspricht, dessen Erfüllung verhindern würde, daß die langen Vertagungen von der Regierung mit politischen Zwecken verknüpft werden. Man kann deshalb auch jetzt den Zweifel haben, ob die Regierung endlich den notwendigen Respekt vor den selbstverständlichen Rechten des Parlaments haben wird.

In einer anderen Resolution verlangten die Nationalliberalen, daß die Wahlprüfung dem Reichstag entzogen und einem unabhängigen Gerichtshof übergeben werden, den sich der Herr Professor v. Calkner in seiner Begründung des Antrags als einen besonderen Senat eines Reichsverwaltungsgerichtes bestehend aus Richtern und Abgeordneten vorstellt. Der Antragsteller wies namentlich darauf hin, daß die Wahlprüfungen im Reichstag vielfach lediglich zu einer Frage der Macht geworden sind. Unsere Redner, die Genossen Stücklen und Richard Fischer nahmen von diesem Eingeständnis deutlich Notiz, sie wandten sich indessen gegen die Zumutung, der Reichstag solle ein Recht aufgeben zugunsten von Richtern, in deren Unabhängigkeit er keineswegs Vertrauen haben könne. Für den Antrag sprach nur Herr Dr. Arendt, während die Fortschrittler seine Fortprüfung durch die Geschäftsausschüsse vorzuziehen. Dieser Vorschlag wurde auch mit unseren Stimmen angenommen.

Zum Schluß der Sitzung wurde aus dem Etat des Reichstagsamts das Kapitel über die Veteranenbeihilfen erörtert. Auf Drängen des Reichstages soll endlich wenigstens eine geringe Erhöhung der bisher ganz lächerlichen Bezüge der Kriegsteilnehmer erfolgen. Der Nationalliberale Prinz von Schönau-Carolath trat für ein Minimum von 150 Mk. ein, das selbstverständlich auch nicht entfernt der elementaren Anstandspflicht des Reichs genügen kann. Genosse Schöplinger unterstrich gerade diesen Gesichtspunkt und stellte die Behandlung der Veteranen in Gegensatz zu der Redseligkeit der Jubiläumsehrlichkeiten und der Freigebigkeit der Militärvorlage. Die Debatte, die vertagt worden ist, wird erst später fortgesetzt werden, wenn die großen Debatten der nächsten Zeit vorüber sind.

Eine sonderbare „Prämie“.

Je näher die Zeit der Zahlungspflicht für die rüstungsbegeisterten Patrioten kommt, umso mehr kühlt sich ihre ursprüngliche an den Tag gelegte Begeisterung ab, die sich sogar schon bis zu einem ziemlich starken Unwillen gegen das ihnen auferlegte „nationale Opfer“ verdichtet hat. Alle Hinweise auf die große opferreiche Zeit von 1813 ziehen nicht mehr, um die um ihren Geldbeutel besorgten Oberpatrioten in den früheren Begeisterungszustand zu versetzen.

Daß sich in erster Linie die Konservativen, denen die Deckungsvorlage zur neuen Rüstungsforderung auf den Leib zugeschnitten ist, verzweifelt gegen die „nationale“ Zahlungspflicht wehren, weiß jeder, der die angeborene

Stenerfcheu dieser mit Liebesgaben aus dem Reichsjüdel gestifteten Sunkter kennt. Und so nimmt es denn nicht wunder, wenn hier und da ein solcher Patriot die Feder schwingt, um seine heiligsten Güter zu verteidigen. So hat auch dem bekannten Fabrikdirektor Tafel-Nürnberg, früher ein rechtsstehender Nationalliberaler, jetzt aber ein starrer Konservativer, in der „Bayrischen Reichspartei“, deren stellvertretender Vorsitzender er ist, die Sorge um die Zahlungspflicht der Besitzenden die Feder in die Hand gedrückt, und er sucht, in einem drohenden Eieranz seinen Gefühlen über die Vermögensabgabe Luft zu machen.

Vor allem entrüstet sich dieser Wankere über die angebliche Steuerfreiheit der sozialdemokratischen Arbeiter. Er meint nämlich, daß die Opfer von 1813 und 1913 nur das gemein haben, daß in beiden Fällen der nationale Denker die zur Leistung herangezogen wird, während die nicht nationalen Teile des Volkes von ihr frei bleiben. Interessant ist vor allem der Schluß seines in der bündlerischen „Kulmbacher Rundschau“ erschienenen Lamentos über „die Reichsvermögensabgabe“:

„Schärfste Kritik der Wehrvorlage aus sozialdemokratischem Munde hört man ja jetzt schon trotz der Befreiung der sozialdemokratischen Wähler von der Zahlpflicht. Man wird nicht entzogen, daß ja auch nationale Elemente von der Abgabe befreit sind. Das ist richtig, aber einmal bin ich der Meinung, daß diese, wenn eine energische Staffierung vorgenommen worden wäre, eine kleine Gabe zur Wehrung unserer Wehrmacht gern geleistet hätten. Eher würde es noch einen Sinn haben, gerade die nationalen Kreise mit geringem Einkommen und nur diese von der Abgabe zu befreien. Ich nenne als Beispiel nur die Angehörigen der nationalen Arbeiterschaft. Das hätte insofern Berechtigung, als diese ohnehin durch ihre erpöhlte Stellung der Pflege des nationalen Sinnes außerordentlich Opfer bringen. Mit der Befreiung der internationalen Elemente sehr man dagegen auf internationale Gesinnung von Reichs wegen eine Prämie aus, und ich fürchte, daß das mehr schaden als nützen wird.“

Dem Mann muß geholfen werden. Er verdient einen Orden. Er hat offenbar von der drückenden Last der indirekten Steuern, die speziell auch von den „internationalen“ Elementen aufgebracht werden, und zu den Rüstungsausgaben Verwendung finden, keine Ahnung. Deshalb redet er auch reichlich konfus von einer Prämierung der internationalen Gesinnung von Reichs wegen. Es muß schließlich auch solche Käuze geben.

Der Kampf um die Heeresvorlagen beginnt.

Die Rüstungs- und Deckungsvorlagen werden am heutigen Montag im Reichstage durch den Reichskanzler eingebracht. Es wird angenommen, daß die erste Lesung die ganze Woche in Anspruch nimmt. Der Reichskanzler wird die Vorlagen durch die allgemeine politische Lage begründen, und dann wird der Kriegsminister die militärtechnische Seite erörtern. Als Dritter soll Schatzkammerführer Kühn zum Worte kommen. Zur Debatte über die Vorlagen wird es am Montag noch nicht kommen.

Nützliche Anklagen über den Balkankonflikt.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ behandelt in ihrer Wochenschau an erster Stelle den Balkankrieg und die Hartnäckigkeit Montenegros. Sie schreibt:

„Die Annahme der von den Großmächten für ihre Friedensvermittlung aufgestellten Bedingungen ist in der letzten Note des Balkanbundes mit Vorbehalten begleitet worden, die weitere Verhandlungen erforderlich machen. Aber die Antwort der Mächte auf diese Wünsche des Balkanbundes wird die Londoner Botschafterversammlung Beschlässe lassen.“

Ohne Rücksicht auf die allseitigen Abmahnungen der europäischen Diplomatie fährt Montenegro fort, die Eroberung Skutari zu betreiben. Angesichts der Nichtbeachtung diplomatischer Ratsschläge wird nunmehr durch ein internationales Geschwader verhängt. Die Zustimmung aller Großmächte zu dieser Maßregel und ihre solidarische Durchführung beweist, daß Europa darin einig bleibt, dem Beschluß Wahrung zu verschaffen, wonach Skutari albanisch wird. In Petersburg ist am Freitag den Vertretern der russischen Reichsduma von berufener Seite erklärt worden, Montenegro werde Skutari nicht erhalten. König Nikolaus wird sich der Einsicht nicht verschließen können, daß für eine dauernde Erwerbung Skutari gegen den Willen der Großmacht die Umstände nicht günstig sind.

Bei den Beratungen der Botschafter in Petersburg unter dem Vorsitz des Ministers Sclanow hat sich überall Bereitwilligkeit gezeigt, in der Silierrfrage den berechtigten Wünschen Rumaniens Rechnung zu tragen. Es lassen sich bereits Anzeichen einer friedlichen Lösung erkennen, die mit dem Wiederbeginn der Friedensverhandlungen zur Beendigung des Balkankrieges letztere Gestalt annehmen werden.“

Fortsetzung der Kultusratsdebatte im Dreiklassenparlament.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat am Sonntagabend das Kapitel „Unterstützung“ vom Kultusetat zu Ende beraten. In der Debatte wurde von verschiedenen Seiten bezweifelt, ob die Unterstützung Frankfurt finanziell gesichert sei. Diese Zweifel zerstreuen sowohl der Abg. Frank (Frei. Volkspartei) als auch der Kultusminister. Von anderer Seite wurde der Belgier's Ausdruck gegeben, daß die geplante Unterstützung Hamburg, falls sie wirklich erteilt würde, der Universität Kiel schwere Konkurrenz bereiten könnte. Im übrigen bewegte sich die Debatte weniger auf sachlichem, als auf persönlichem Gebiet. Die Reden der Reichsparteien, allen voran das Zentrum, setzten sich in stiller Entrüstung gegen unsere Gesandten fort, deren Kritik des in der Studentenschaft herrschenden Geistes es ihnen angetan hat. Allerdings merkte man den Herren sehr deutlich an, daß ihre Entrüstung etwas Gebührendes hatte. — Gewisse Punkte nicht blieben ohne Antwort nicht ignobil; er wiederholte noch einmal zur Verbringung von Beweismitteln, daß hinsichtlich der Studenten zum größten Teil sich heute als die herrschende Straße fühlen und daß der Geist, der sich in der Studentenschaft lebendig bewegt, der Geist,

der das Wartburgfest zustande gebracht hat und der gegen die preussische Polizeiwirtschaft protestierte, heute längst entschwinden ist. Treffend bemerkte er, daß heute nicht die Studenten, sondern die Arbeiter ein neues Wartburgfest feiern würden.

„Volksbetrug“

überstreicht die „Westfälische Rundschau“ (Nr. 75), das bekannte unabhängige katholische Blatt des Münsterlandes, einen Artikel, in dem sie sich mit der Haltung der Zentrumsführer und der Zentrumspreste zu den Wehrvorlagen auseinandersetzt. Der Redakteur Klostermann, der den Artikel selbst verfaßt hat, behauptet, „daß viele führende und maßgebende Personen des Zentrums schon längst keine Ahnung mehr haben von der Mißtimmung, die in immer weiteren Kreisen der Partei um sich greift.“ Gegen verschiedene Zentrumsblätter müsse die Anklage erhoben werden, „daß sie planmäßig Tatsachen und Ereignisse unterschlagen oder in irreführender Form und mit entstelltem Sinn mitteilen.“ Für diesen schweren Vorwurf werde er den Beweis nicht schuldig bleiben. Der innere Zusammenhalt der Partei sei wegen des Rüstungswahnsinnis gefährdet, aber die Leiter der Zentrumspreste dürften die Wahrheit nicht erfahren. „Was eben jetzt wieder in bezug auf die neue Heeresvorlage durch die militärischen Zeitungen im Hurraschreien geleistet wird, übersteigt alles, was man jeither in der Zentrumspreste erlebt hat, und überhaupt bei noch halbwegs zurechnungsfähigen Leuten für möglich halten sollte. Übrigens, abgesehen von allen Gründen der Vernunft, liegt doch auch klar zutage, daß die Kriegshege die Aufstachelung der niedrigsten, rohesten Instinkte im Menschen, die Schürung der Nordgier und des Blutdurstes schnurstracks den Lehren Jesu und dem Sittengesetz zuwiderlaufen.“

Der Verfasser des Artikels bringt dann eine persönliche Erinnerung aus der Zeit des Ausbruchs des deutsch-französischen Krieges, wo sowohl in Deutschland als in Frankreich zu gleicher Zeit Bittgottesdienste um den Sieg abgehalten wurden. Sein Lehrer in Obersekunda, Professor Dr. de Woldige-Cremer, ein katholischer Geistlicher, habe sich dazu am 21. Juli 1870 ungefähr folgendermaßen geäußert:

„Da stehen nun hüben und drüben Kinder eines Gottes, des liebenden Vaters aller Menschen, daß er ihnen helfen möge, möglichst viele seiner Kinder jenseits der Grenzpfähle niederzumegeln. Uns soll er beistehen, die Franzosen zu zerquetsern, die Franzosen verlangen von ihm, daß er ihre Waffen „segne“, uns massakrieren zu können. Ich muß sagen, daß ich solche „Gebete“ zu dem Gott der Liebe beinahe wie eine Gotteslästerung empfinde.“

Redakteur Klostermann ist überzeugt, daß seine Leser sämtlich der Ansicht des Herrn de Woldige-Cremer beipflichten werden, was soviel heißt, sie sind Gegner der glorreichen Zentrumspolitik.

Eine interessante Enthüllung läßt das Blatt noch folgen, die im übrigen ein sehr bezeichnendes Licht auf den Zentrumsüberhäuptling Abg. Herold wirft. Redakteur Klostermann erzählt von dem Besuch eines Gutsbesizers aus dem Amte Coerswinkel. Dieser Gutsbesitzer habe sich im Gespräch auch über die „neuere Taktik“ des Zentrums geäußert:

„Sicher weiß ich, daß die „Taktiker“ des Zentrums auf die Dauer unsere Partei ruinieren. Mit der verfl. . . . Finanzreform fing die Gesichts an. Herold (der Provinzialvorsitzende der Zentrumsgruppe für Westfalen) hielt nach seinen eigenen vertraulichen Äußerungen diese ungeheure Volksbelastung für verkehrt und durchaus verfehlt. Als es zunächst den Angeheimen harte, daß die nationalliberale Partei die Finanzreform „rapportieren“ wollte, hat Herold zu dem mir befreundeten Gutsbesitzer S. gesagt: „Gott sei Dank, daß wir nun nicht in Versuchung kommen; mögen die Nationalliberalen nur machen; sie werden die Folgen schon spüren bei den nächsten Wahlen.“ Nachher haben dann dennoch die überschlaunen Zentrumsaktiker, nur um den verhassten Fürsten Bülow zu stürzen, der Regierung den Ritt bewilligt.“

Was das Zentrum dadurch an Vertrauen eingebüßt hat im Volke, das ahnen die „Taktiker“ wohl selbst nicht; der Schaden ist niemals wieder gutzumachen. Der Stachel sitzt fest im Volksgemüt. Und nun mit der neuen Militärvorlage geht's wieder gerade so.“

Soweit der Gutsbesitzer der „Westfäl. Rundschau“; das Blatt fügt hinzu, daß die Folgen der glorreichen Finanzreform sich speziell im Wahlkreise Warendorf-Bekum-Lüdinghausen schon gezeigt hätten, als für den abgegangenen „Volksvertreter“ Herzog von Arenberg eine Erbschaft stattfinden mußte: ein bedeutender Rückgang der Zentrumsstimmen, eine überraschende Zunahme roter Stimmzettel. — Herr Herold ist überaus bloßgestellt, zumal er nach der Bewilligung der Finanzreform im Lande herumreiste und die Bewilligung der halben Milliarde durch das Zentrum als eine nationale Großtat anpries. Was hat er zu der Enthüllung zu sagen?

Sachsen fränkt sich

gegen die Reichsvermögens- und Reichseinkommensteuer. Die amtliche „Leipziger Zeitung“ nimmt zu den Deckungsvorlagen in einem längeren Artikel Stellung. Sie hält die Schaffung einer Reichsvermögenssteuer gleichbedeutend mit der dauernden Schwächung der Bundesstaaten in der Erfüllung ihrer Kulturaufgaben. Das gleiche gelte von der Reichseinkommen- und Reichsvermögenssteuer. Das Blatt richtet die dringende Mahnung an die Parteien des Reichstags, auf diese Steuern zu verzichten.

Keine Reserverübungen während der Landtagswahlen.

Der preussische Kriegsminister hat angeordnet, daß die Übungen des Verlaubtenstandes, die in der Zeit vom 16. Mai bis 3. Juni stattfinden sollten, auf die Zeit nach dem 4. Juni verlegt werden.

Noch eine Weisung für das deutsche Volk.

Tropfenweise wird dem deutschen Volke der Umsa. der Heeresvorlage zu Gemüte geführt. So berichtet die „Nordb. Allg. Ztg.“ vom Freitagabend, daß in der Anlage 1 B des Gesetzentwurfs für die Wehrvorlage unter „Sonstiges“ auch eine Vermehrung der Übungen des Verlaubtenstandes angeführt sei. Hiernach werden in diesem Jahre etwa 38000 Mann mehr als sonst durchschnittlich 14 Tage einberufen werden. Welche Überlastung wird die Vorlage noch bringen?

Das Best des Zeppelin ein Segen für zwei Nationen.

Madame La France konnte nicht besser feurige Kohlen auf das Haupt der Frau Germania sammeln, als durch die äußerst kulaute Abwicklung der Zeppelin-Landung bei Luneville. Das können auch die Blätter nicht leugnen, die bisher mit Vorliebe in Franzosenhege schweigten. Hoffentlich tritt hier nun eine Wendung zum Besseren ein.

Der hochpatriotische Scharlsche „Lokal-Anzeiger“ sagt in seiner Wochenschau:

„Gückerweise war der Zwischenfall, kaum, daß er entstanden war, auch schon wieder beigelegt, so daß die allgemeine Erregung sich gar nicht erst zu gefahrdrohender Höhe steigern konnte. Die verantwortlichen Stellen in Frankreich taten, was in ihren Kräften stand, um den bedenklichen Zündstoff, der sich da dicht an der deutschen Grenze entwickelte, rasch unschädlich zu machen. Sie beistanden sich, alle die schlimmen Erwartungen Lügen zu strafen, die vielen Deutschen schon das Herz abdrückten. Man wird aus dem Geschehen vielleicht auch die Lehre entnehmen können, daß es nicht immer gut ist, seinem Nachbar, so lange man mit ihm in Frieden lebt, gleich alle möglichen Schandtaten zuzutrauen. Die Franzosen haben, obwohl noch keine anerkannten Völkerrechtsregeln für den vorliegenden Fall existieren, ihn vollkommen loyal erledigt.“

Weiter erfährt das Blatt, daß der deutsche Botschafter in Paris, Freiherr von Schoen, im Auftrage der Reichsregierung dem französischen Minister Richon das nachstehende Schreiben übersandt hat:

„Mein lieber Minister! Die kaiserliche Regierung, die ich die von der Regierung der Republik gelegentlich der freiwilligen Landung eines deutschen Luftballons zu Luneville getroffenen Maßnahmen umgehend zur Kenntnis brachte, hat mich beauftragt, der Regierung der Republik ihren warmsten Dank für die Art der Erledigung dieses bedauerlichen Zwischenfalls auszudrücken, welcher die kaiserliche Regierung die höchste Wertschätzung zollt. Es gereicht mir zum Vergnügen, diesen Auftrag bei E. Excellenz zu erfüllen, und ich bitte Sie, mein lieber Minister, bei diesem neuen Anlasse die Versicherung meiner grössten Hochachtung zu genehmigen.“

gez. von Schoen.“

Zugleich hat die deutsche Regierung, wie der „Lokal-Anzeiger“ berichtet, auch durch den französischen Botschafter in Berlin Cambon der französischen Regierung für die Courtoisie, mit der die Besatzung des Luftschiffes aufgenommen wurde, sowie das Entgegenkommen danken lassen, mit welchem dem Luftschiffe die Rückkehr ermöglicht wurde.

Offenbar wird der Fall von Luneville zur Annäherung beider Länder sehr viel beitragen. Aber wenn die Rüstungsfanatiker den „Erbfeind“ nicht mehr als Popanz ins Feld führen können, dann werden es die Balkanländer sein müssen.

Österreich-Ungarn.

Gelegenheiten zu neuen Verwickelungen. Die Wiener „Politische Korrespondenz“ weist auf die zahlreichen Erörterungen der serbischen Presse hin, nach denen Österreich-Ungarn auf Grund seines Protektorats über die Katholiken Albaniens ein politisches Protektorat über den künftigen albanischen Staat anstrebe, sowie auch auf die insbesondere an Italien gerichteten Ermahnungen gegenüber den angeblichen Absichten der Monarchie, auf der Hut zu sein, und sagt, daß das Bestreben, durch Verdrängung der Wiener Politik Mißtrauen bei dem verbündeten Italien zu erregen, mit Händen zu greifen sei. Der von dem Wiener Kabinett herrührende und von den Mächten angenommene Vorschlag betreffend den Schutz der nationalen und religiösen Minderheiten beziehe sich überhaupt nicht auf Albanien, sondern auf die in Serbien und Montenegro einzuverleibenden Gebiete. Hier solle eine europäische Schutzwehr für alle nationalen und konfessionellen Minderheiten geschaffen werden.

Balkan.

Was nun? Die Kommandanten der in den montenegrinischen Gewässern verammelten Kriegsschiffe haben an die montenegrinische Regierung die ernstliche Mahnung gerichtet, den Beschluß der Großmächte zu respektieren und unverzüglich eine Antwort zu erteilen. Montenegro antwortete darauf ablehnend. Was wollen die Großmächte nun beginnen?

In den Kämpfen um Skutari sind den Montenegro und Serben empfindliche Verluste beigebracht worden.

Die Antwort der Balkanverbündeten auf den Erlösensvorschlag der Großmächte liegt jetzt vor. Sie hat folgenden Wortlaut: Die Verbündeten sprechen den Mächten für ihre Bemühungen, den Friedensschluß herbeizuführen, ihren Dank aus und nehmen in dem aufrichtigen Wunsch, ihre Aufgabe zu erleichtern, die von den Mächten vorgeschlagenen Bedingungen für die Vermittelung mit folgenden Vorbehalten an: 1. Gelegentlich der endgültigen Festsetzung der Grenze Thrazien's wird die in den von den Mächten formulierten Bedingungen angegebene Linie als Grundlage und nicht als endgültige Grenzlinie angenommen. 2. Die Megajischen Inseln werden von der Türkei den Verbündeten abgetreten. 3. Die Verbündeten meinen, daß sie in die in Aussicht genommene Grenze Albaniens im voraus kennen lernen müßten, und hoffen, daß sie mit jener Grenzlinie übereinstimmen werde, die sie in London vorgeschlagen haben. 4. Die Forderung nach einer Kriegsentlichädigung soll im Prinzip angenommen werden und die Aufgabe, ihre Höhe zu bestimmen, der Konferenz überlassen sein, die sich mit den finanziellen Fragen beschäftigen wird und in der die Alliierten vertreten sein werden. 5. Die Alliierten stimmen zu, daß die Krieg-

ation von dem Augenblick an aufhören, wo die eben angeführten Bedingungen in günstigem Sinne angenommen und zur Annahme gelangt sind.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 7. April.

Achtung, Töpfer! Die Lübecker Töpfer sind in den Ausstand getreten, nachdem der bestehende Tarif von den Meistern zum 1. April gekündigt und ein neuer Tarif bisher nicht zustande gekommen ist. Zugang von Töpfern nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Preußen gegen Lübeck. Vor einiger Zeit bewilligte die Lübecker Bürgerschaft eine große Summe für den Bahnbau Lübeck-Schwartau-Neustadt, der eine Teilstrecke der Route Hamburg-Lübeck-Fehmarn-Kopenhagen darstellen sollte, die für Lübeck von großer Bedeutung sein würde. Es bestand damals überall die Ansicht, daß Preußen mit diesem Projekt einverstanden sei. Nunmehr kommt jedoch aus Berlin die Kunde, daß der preussische Verkehrsminister diese Linie nicht will. Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beriet Freitag abend das Eisenbahnanleihegesetz und bewilligte folgende Titel: Neustadt-Schwartau 2.700.000 Mk., Niebuß-Westerland 10.000.000 Mk., Umgebungsbahn für den Güterverkehr bei Hamburg 32.574.000 Mk. Von einem Kommissionsmitglied wurde das namentlich von Hamburg beürwortete Projekt einer Bahn Hamburg-Fehmarn-Kopenhagen als unnützlich und schädlich für die Provinz Schleswig-Holstein bekämpft. Insbesondere wurde auch darauf hingewiesen, daß die Linie Kiel-Korsör durch das Projekt schwer geschädigt würde, ebenso die Interessen der Bahn Hamburg-Bandrup. Minister v. Breitenbach erklärte, er könne ein Verdürnis für die neue Verbindung Hamburg-Fehmarn-Kopenhagen nicht anerkennen, was sich aus der Statistik des Verkehrs mit Evidenz ergeben habe. Für die Verbindung Kiel-Korsör wolle er sein möglichstes tun, wenn er auch die von dem Kommissionsmitglied angeregte Traktatverbindung als zu kostspielig nicht in Aussicht stellen könne. Er werde aber den Fahrplan der preussischen Staatsbahnen so gestalten, daß die Interessen der Linie Kiel-Korsör dadurch nach Möglichkeit gefördert würden. Ebenso müsse auf die Einstellung besserer Dampfer Bedacht genommen werden. Der vielfach angeregte Ausbau der Linie Hamburg-Poppenbüttel-Segeberg werde durch eine Stellungnahme gegen das Fehmarn-Projekt nicht in Frage gestellt. — Wenn das Projekt Lübeck-Kopenhagen nicht zur Ausführung gelangt, ist die Bahn Schwartau-Neustadt für Lübeck nicht von einer so erheblichen Bedeutung, daß sie den Zuschuß großer Staatsmittel aus unserem nicht gerade sehr gefüllten Staatskassell rechtfertigt.

Stimmung für das Wehrwesen sollte eine Versammlung machen, welche der Wehrverein zum Sonnabend nach den „Zentralhallen“ einberufen hatte. Am wenigstens einmal einen größeren Besuch zu erzielen, hatte man eine ungewöhnliche Reklame gemacht, — in den Schaufenstern waren Bilderhogen, die zum Besuch der Versammlung antragen sollten, gehängt; die gleichen bunten Bogen klebten auch an den Anschlagtafeln — dann war der ganze Landsturm der Kriegervereine, des Hansabundes usw. aufgebunden worden und das Resultat war denn auch, daß mit Hilfe „höherer“ Schüler der Saal ganz lieblich gefüllt war. Es redete der General a. D. Vismann. Ein General müßte sein Handwerk schlecht verstehen, wenn er von der Notwendigkeit des Militarismus nicht „überzeugt“ wäre. Neues brachte der Redner nicht, auch die Phrasen des Versammlungsleiters Prof. Dr. Reuter, dessen Föhlunge in der Versammlung nicht fehlten, erhoben sich nicht über das Alltägliche gewöhnlicher Hauswirtschaftlicher Pausenpläher. Die große Masse der Lübecker Bevölkerung will von dem Rüstungswahn nicht wissen. Das hat sie bereits in einer von Tausenden besuchten Versammlung ausgesprochen und das wird sie am kommenden Sonntag wiederholen. Bezeichnend ist es, daß auch eine bekannte Lübecker Freisprenggröße den Rüstungsrummel des Wehrvereins unterstützt.

Die Schießereien jugendlicher Personen sind ein sehr gefährlicher Unfug, dem die Behörden im Interesse der Sicherheit des Publikums steuern sollten. Davon merkt man jedoch nichts. Im Gegenteil, die Bestrebungen der bürgerlichen Jugendbewegung, durch die auch die Spielerei mit Schießgewehren gepflegt wird, findet bei den maßgebenden Stellen noch eifrige Förderung. So konnte man gestern wieder grüne Jungen, angetan mit dem Kaskanzug der Jungdeutschlandhändler, stolz mit der Flinte über der Schulter zum Tore hinaus marschieren sehen, wobei sie sich anscheinend ungeheuer wichtig vorkamen. Es bleibt natürlich nicht aus, daß auf solche Weise die Schießlust allgemein geweckt wird. Wie gefährlich das ist, beweist folgender Vorfall, der sich gestern in der Waren-dorfpirake zutrug. Dort vergnügten sich mehrere Kinder beim Ballspiel. Plötzlich hörten sie in der Nähe Schüsse und kurz darauf erhielt ein elfjähriger Knabe von unbekannter Seite einen Schuß in das Bein. Die Sache ist angezeigt worden. Hoffentlich wird der Täter entdeckt. Vor allen Dingen ist es aber notwendig, dem Schießunfug mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, denn leicht kann eine Kugel einen Menschen zum Krüppel oder gar zur Leiche machen.

b. Erste Strafkammer am 5. April. Krause aus Berlin! — ein Buchhandlungsreisender, hatte dem Hamburger Vertreter der in Arbeiterkreisen nicht gerade rühmlich bekannten Wogenschrift „Nach Feierabend“ an den Fingern abgezählt, daß sich auch mit andern Artikeln Geld sammeln lasse. Der Verleger sahien die Kalkulation nicht übel zu finden, denn er schätzte sich 100 Bände an und schickte den redigierten jungen Herrn mit „Der Frau als Hausärztin“ auf die Reise. Wie die „Affäre“ in derartigen Geschäften ist, ohne Gehalt und ohne Spesen. Von der Provision verkaufter Werke sollte sich der Mann Reichthümer sammeln. Das Geschäft ging nicht nach Wunsch, und so mußten falsche Angaben zum besseren Verkauf dienen. Er suchte hauptsächlich Frauen und junge Mädchen auf — deren sechs als Zeuginnen erschienen waren — und bot ihnen das Werk mit solch ungeheuren Wortschwau an, daß sie aus der ganzen Geschichte nicht klug wurden. Sie wurden in die Meinung versezt, das Buch würde 2 Mark kosten, während der wirkliche Preis 18 Mark betrug und die vorgeschwahten 2 Mark nur die erste Anzahlung resp. die monatliche Rate sein sollte. Die Bestellung wurde er dem Hamburger Chef ein, der ihm pro Buch 4,50 Mark Provision auszahlte, bei Barzahlung sollte er 6,50 Mark haben. Nicht genug damit, der Angeklagte erleichterte dem Verleger noch im sogenannten Provisionsvor-schub für fingierte Aufträge, in einem Fall soll er auch die Unterschrift für eine Bestellung auf „Mann und Weib“ gefälscht haben, denn von dem ehrliehen Geschäft konnte er nicht leben und nicht herben. Am 89 Mark wurde der Auftraggeber geschädigt, doch stehen vor der hiesigen Strafkammer nur die „Geschäfte“ zur Aburteilung, die hier angeblich gemacht wurden. Der Betrag beläuft sich auf etwa 23 Mark. Verkauft sind ganze zwei Bände, die andern 98 liegen noch in Hamburg auf Lager. Der Staatsanwalt beantragte 4 Monate Gefängnis, während der Bewaltiger um eine mildere Strafe bat, da der Angeklagte sozu-

lagen ein „Opfer seiner großen Schamne“ sei, die er nicht genügend in der Gewalt habe. Es sei schwer gewesen, den Angeklagten zu bewegen, wenigstens vor Gericht seine Zunge zu bändigen. Auch habe er das erste Bestreben, nach Verhütung der Strafe wieder ein ordentlicher Mensch zu werden. Das Gericht nahm mildernde Umstände an und verurteilte er wegen Unterschlagung, Urkundenfälschung und Betruges zu 3 Monaten Gefängnis, auch wurden 2 Wochen von der Untersuchungshaft angerechnet. — Wegen Verletzung der Wehrpflicht wurden drei Gestellungspflichtige zu der üblichen Strafe von je 160 Mark oder der üblichen Haft verurteilt.

Saatenstand im Lübeckischen Staate Anfang des Monats April 1913. Nach den Meldungen der ehrenamtlichen Berichterstatter der 16 Saatenstandsberichtsbezirke hat das Statistische Amt für Anfang April folgende Saatenstandsdaten berechnet: (Nr. 2 bedeutet gut, Nr. 3 mittel, Nr. 4 gering) für Winter-Weizen Nr. 2,5 (Anfang April 1912 4,2), Winter-Roggen Nr. 2,4 (2,2). Die Wintersaaten haben den Winter gut überstanden und zeigen ein gutes Aussehen. Die warme Witterung der letzten Tage hat auf die Entwicklung der Saaten günstig eingewirkt.

Lübecker Straßenschnur. Betriebsergebnisse für den Monat März 1913. Befördert sind: 1913: 925.207 Personen, 1912: 707.401 Personen, + 217.806 Personen. Eingenommen sind: 1913: 98.868,94 Mk., 1912: 71.882,27 Mk., + 27.086,67 Mk. — Betriebsergebnisse für die Zeit vom 1. April 1912 bis 31. März 1913. Befördert sind: 1913: 10.138.974 Personen, 1912: 7.812.862 Personen, + 2.326.112 Personen. Eingenommen sind: 1913: 1.067.543,55 Mk., 1912: 782.798,94 Mk., mehr 284.744,61 Mk.

Einem schaurigen Fund machten am Sonnabend Leute, welche die Schuttalabestelle bei der Lohmühle nach Gegenständen durchsuchten, die sie noch verwerten konnten. Sie entdeckten dort die Leiche eines neugeborenen Kindes, welches die eine Hand im Mund hielt und noch die Nabelschnur bei sich trug. Ob das Kind gelebt hat und ob Kindesstörung vorliegt, wird die ärztliche Untersuchung ergeben. Die Polizei ist bemüht, die Mutter zu ermitteln.



Gegen den Rüstungswahn!

Am kommenden Sonnabend abend wird in einer **großen Volksversammlung** im Gewerkschaftshaus die werktätige Bevölkerung Lübecks ihr Urteil über die neue Militärvorlage und den Rüstungswahn aussprechen.

Referent ist Reichstagsabgeordneter **Gustav Noske-Chemnitz.**

Arbeiter, Parteigenossen! Sorgt für einen Massenbesuch!



Holzverkauf am Dienstag, den 8. April, vormittags 11 Uhr, in der Gastwirtschaft von Million in Kurau, Beginn mit Nr. 625. Eichen: 2 Abschnitte mit 0,54 km, 141 Pfähle, 2 m l. = 4,31 km, 16 rm Kluft und Knüppel, Buchen: 327 m Kluft und Knüppel, Weichholz: 14 rm Knüppel, Fichten: 23 Stämme mit 6,80 km, 10 rm Kluft und Knüppel, 150 Haufen Buchen- und Weichholz-Busch, Holzverzeichnisse beim Revierjäger in Schwintende. — **Holzverkauf** 1. am Freitag, den 11. April d. J., von vormittags 10 Uhr ab in der Gastwirtschaft von Groth in Gr. Schrettkaten aus den Forstorten Niepenholz, Hege-fahl und Ohlenwegen: 200 Stk. Eichen-Pfähle mit ca. 12,00 km, 50 Hfn. Eichen-Busch, 50 Hfn. Buchen-Busch, 400 Stk. Fichten-Stangen I.-IV. Kl. 2. am Freitag, den 11. April d. J., von nachmittags 3 1/2 Uhr ab in der Gastwirtschaft von Haat in Tramm aus dem Forstort Stubben: 150 Stk. Eichen-Pfähle mit ca. 7,00 km, 10 Hfn. Eichen-Busch, 80 Hfn. Buchen-Busch, 10 Hfn. Weichholz-Busch, 100 Stk. Fichten-Stangen I.-VI. Kl. 3. am Sonnabend, den 12. April d. J., von vormittags 11 Uhr ab in der Gastwirtschaft von Sedemund in Tramm aus den Forstorten Stubben, Hege-fahl, Ohlenwegen und Niepenholz: 50 rm Eichen-Kluft und Knüppel, 300 rm Buchen-Kluft und Knüppel, 5 rm Eichen-Knüppel, 2 m lang, 80 rm Eichen-Knüppel, 1 m lang. Spezielle Fadenholz-Verzeichnisse vom 6. April d. J. ab beim Förster Dahl in Schrettkaten und im Verkaufslotal.

Der Theaterbesuch hat im Monat März wieder erheblich abgenommen. Das Stadttheater wurde im März 1913 an 30 Abenden von 14.227 Personen besucht, also durchschnittlich von 474 gegen 548 an 31 Abenden im März 1912. Der größte Besuch war am 26. März mit 752 Personen (Agnes Bernauer), der kleinste Besuch am 31. März mit 258 Personen (Frau Justas Untreue); an 8 Nachmittagsvorstellungen wurde das Theater von 5486 Personen, also durchschnittlich von 686 Personen besucht, gegen 827 an 8 Nachmittagsvorstellungen im März 1912.

Eine Gaunerkonferenz der Gastwirtsgehilfen findet am 8. und 9. April im Gewerkschaftshaus in Lübeck statt. Es gelangen wichtige Gegenstände zur Verhandlung.

pb. Steckbriefling. Festgenommen wurde der Handlungsgehilfe Otto Thiekenhusen, der seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Unterschlagung steckbrieflich verfolgt wurde.

pb. Verhafteter Fahrerdieb. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Neu-Bude, der in der Nacht vom 5. zum 6. d. M. vor einem Restaurant am Bahnhof ein Fahrrad gestohlen hat. Die Ergreifung des Fahrerdiebes ist der Aufmerksamkeit eines Wächters der Wach- und Schließgesellschaft zu danken.

pb. Selbstmord? Am Sonnabend, dem 5. d. M., haben Kinder auf der Hüttertortbrücke ein anscheinend von einem Briefbogen abgerissenes Stück Papier gefunden, auf dem unterm 4. d. M. ein paar flüchtige, mit grüner Tinte geschriebene Worte an eine Paula von einem Ernst gerichtet sind, aus denen zu schließen ist, daß sich Ernst mit Selbstmordgedanken trägt. Am selben Tage wurden bei der Anlegebrücke unweit der Hüttertortbrücke ein Herrenjackett und ein Paar Herrenknöpfstiefel gefunden. Falls die gefundenen Sachen dem Briefschreiber gehören, dürfte dieser sein Ver-haben bereits ausgeführt haben. Als vermißt ist seit dem 5. d. M. keine Person angemeldet.

wh. Stadthallen-Theater. S. Herlof Holmck, die bekannte Detektivkomödie von Ferdinand Bonn, wurde gestern abend von dem Berliner Ensemble zum ersten Male gegeben. Leider verzögerte sich der Anfang der Vorstellung wegen den rücksichtslosen Nachzügler bis fast eine Viertelstunde vor 9 Uhr. Geipfelt wurde — abgesehen von den langen Waisen — flott. Besonders die Herren Jöhnken — der die Titelfigur spielte — sowie Wallis, Ambronn, Fischer und Thiel sind hervorzuheben. Von den Damen befriedigten vor allen Franzje Wehrendt, Meta Lenz und Franziska Heuberger. Das Haus war vollbesetzt. Nach jedem Aktluß wurde stürmisch applaudiert.

Neues Stadttheater. Der Vortrag: „Das Meer und seine Bewohner“ am Mittwoch nachmittags 4 Uhr, passend für Schüler aller hiesigen Schulen, wird von Herrn Kurt Dreyer, bisher Mitglied des Schiller-Theaters in Hamburg, gehalten. Der erläuternde Text zu den kinematographischen Aufnahmen ist aus der Feder eines bekannten Zoologen, jedoch so gehalten, daß er für alle Altersklassen überaus leicht verständlich ist. Am Abend geht auf vielfachen Wunsch „Autolichen“ noch einmal in Szene. Für Dienstag verweisen wir wieder auf die Aufführung des Lustspiels „Fräulein Direktor“ von Paul Jr. Coers und Otto Metterhausen.

Verein „Öffentliche Leichhalle“. Die diesjährige ordentliche Jahresversammlung des Vereins findet am Mittwoch dem 9. April 8 1/2 Uhr abends, im Hause der Gesellschaft zu Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit statt.

Hamburg. Ein Hurdenhaus zu verkaufen. Vor kurzem wurde eine Reichsgerichtsentscheidung bekannt, nach der ein Teil der Heiratsinzerate, wie man sie gewöhnlich in der bürgerlichen Presse findet, als unfittlich zu bezeichnen und deshalb strafbar ist. Als solche Inzerate, deren Aufnahme nicht hätte erfolgen dürfen, hat das Gericht eine ganze Anzahl bezeichnet, die in dem Gen. Blatte vom September 1911 bis Januar 1912 erschienen sind. Man erfährt da, daß eine junge lebenslustige Witwe Verkehr sucht, allerdings, wie es zum Schluß heißt, zwecks späterer Heirat, daß zwei junge Damen zwecks Heirat Bekanntschaft suchen, daß ein junger besserer Herr Damenbekanntschaft sucht, oder gar freundschaftlichen Verkehr mit „besserer Dame“ usw. Dann taucht da eine sympathische Blondine auf, 30 Jahre alt, alleinstehend, die lebhaft Gedankenanstausch wünscht, usw. Alle diese Inzerate sollen nach Ansicht des Gerichts unfittlichen Verkehr vermitteln. Sie unterscheiden sich wesentlich von solchen Inzeraten, in welchen nähere Angaben über Alter, Beruf, Konfession zu finden sind. Mit solchen Inzeraten hat sich das bürgerliche Publikum nachgerade abgefunden. Jeder weiß, daß diese angeblickten Heiratsinzerate nur verhehlerte Prostitution darstellen. Abes sowohl die Betheuerern, als auch die moralischen Geschäftsleute haben sich daran gewöhnt, daß Geldverdienende und Sittensregeln nichts miteinander zu tun haben. Nun sollte man aber denken, daß die bürgerliche Presse wenigstens direkten unfittlichen Inzeraten keinen Raum geben würde. Aber weit gefehlt! Auch hier stinkt das Geld nicht. Die „Allgemeine Zeitung“ in Chemnitz bringt in ihrer Nummer vom 26. März ein Inzerat, in dem ein Bordell zum Verkauf ausgetrieben wird. Es lautet:

Goldgrube in Hamb.-Altona. Weg. Zurubeck, w. ich m. langf. bef. u. gut eingef. schönes Zimmervermietungs-geschäft, w. ähnl. wie Rest. m. Damenbed. gef. wird, soogleich für d. bill. Barpr. v. 9000 Mark verk. Mit dems. ist ein umfangr. Steigerungsf. Wein- und Bierverkauf, Zigaretten usw. verbund. u. habe ich ein. Jahres-reingewinn von 9000-10.000 Mk. erzielt. Vorh. sind Salon u. 8 kompl. Jim., Küche usw. Pass. auch f. einz. Dame. Off. u. M. Nr. 749 an Haasenfein & Vogler, A.-G., Hamburg.

Der Mann ist also schon reich geworden durch den Bordellbetrieb, auch für andere Personen soll er noch eine Goldgrube werden. Die Presse, die tagtäglich über die Verrohung des Volkes durch die Sozialdemokratie schimpft, hat gegen solche Geschäfte nichts einzuwenden. Es entkräftete sich auch in Lübeck niemand darüber, als hier wieder ein neues Bordell konzeptioniert wurde. Und als in der Bürgerschaft die Sache angeschnitten wurde, da fanden alle Erfüllsamen das nur ganz in der Ordnung.

Hamburg. Eine folgenschwere Kesselexplosion ereignete sich am Sonntag morgen in den am Indiatel gelegenen Rotswerken. Von vier mit einander verbundenen Kesseln platzte der eine in einer Länge von etwa zwei Metern auf. Durch den Gegendruck wurden die vier Kessel auseinandergerissen und von ihren Plätzen geschleudert. Der geplatze Kessel selbst aber wurde hoch empor gegen das Dach des Kesselhauses gehoben und zertrümmerte es. Auch das seitliche Mauerwerk des Kesselhauses wurde arg beschädigt. Der ausströmende Dampf hatte gleichzeitig zwei die Kessel bedienende Leute namens F. Lehnert, wohnhaft Strelowstraße Nr. 1, und M. Dünter, wohnhaft Nieder-Georgswärder, sehr schwer verbrüht. In einem anstehenden Arbeitsraum waren durch umherfliegende glühende Kohlen Kleidungsstücke und Säde in Brand geraten. Mannschaften der Jüge 8 und 2 löschten das Feuer und legten den Verletzten Notverbände an, worauf diese ins Hafentrunkhaus transportiert wurden. Dort sind beide im Laufe des Nachmittags ihren Verletzungen erlegen.

Winsen a. R. Aussperrung in der Papier-industrie. Die Firma J. G. Eppen in Winsen a. R. hat ihre Arbeiter ausgesperrt. Anfang März reichten die Waj-schmitten und Heizer Forderungen auf Erhöhung des Tageslohnes ein. Ihr bisheriger Lohn betrug bei 12stündiger Schicht 4,20 Mark resp. 4,50 Mark. Der Unternehmer lehnte jede Verhandlung mit Vertretern der Organisation ab. Als die Wajschmitten und Heizer daraufhin kündigten, ließ die Firma der Arbeiterschaft des ganzen Betriebes die Kündigung zugehen. Die Bemühungen der Verbandsvertreter, eine Einigung herbeizuführen, scheiterten. Im Ausstand befinden sich 160 Arbeiter und Arbeiterinnen. Zugang ist fernzuhalten.

Zeven. Ueberfahren. Der Sohn des Gemeindevorstehers von Esdorf ließ sich von dem Eisenbahnzug überfahren und wurde sofort getötet. Uebertriebene Schen vor der ärztlichen Untersuchung bei der militärischen Musterung, zu der sich der junge Mann am andern Morgen stellen sollte, wird als Ursache der Tat angegeben.

Bremen. Schrecklicher Selbstmord. Ein aus dem Kreise Minden stammender 18jähriger Konditorlehrling warf sich kurz vor dem Bahnhof Mahndorf in selbstmörderischer Absicht vor die Lokomotive eines von Bremen kommenden Personenzuges und wurde überfahren. Mäher verschiedenen Verletzungen am Kopf und an beiden Armen waren ihm beide Beine abgefahren. Noch abends trat sein Tod ein.

Bremerhaven. Erfolgreicher Fischerstreik in den Unterweserorten. Mit vollem Erfolg für die Arbeiter endete nach 43wöchigem Kampfe die Lohnbewegung der Holzarbeiter in Bremerhaven, Geestemünde und Lehe. Die Fischermeister und Bauunternehmer, die im Unternernehmerverband für das Baugewerbe organisiert sind, hat-

Veteranenfürsorge und auswärtige Politik.

In der Freitagssitzung der Budgetkommission des Reichstags wurde zunächst über eine erhöhte Fürsorge für die Veteranen beraten. Abg. Erzberger fragte an, ob auch dann eine Erhöhung der heute 120 Mark betragenden Beihilfe auf 150 Mark in Aussicht genommen sei, wenn das Petroleummonopol dem Reiche nicht eine Einnahme von 7 Millionen Mark bringen werde. — Gen. Noske rügte, daß im Jahre 1911 nicht die gesamte vom Reichstag bewilligte Summe zur Unterstützung der bedürftigen Veteranen verwendet worden ist. — Schatzsekretär Kühn bemerkte, daß die Zahl der unterstützten Veteranen von 1910 bis in diesem Jahre von 183 000 auf 245 000 gestiegen ist. Er beabsichtige, den Regierungen einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine Erhöhung der Bezüge, wie überhaupt eine bessere Regelung bringen solle. Der Ruffhändlerbund monierte es, daß heute Veteranen eine Unterstützung erhalten, ohne bedürftig zu sein. Bei dem projektierten Gesetz werde dieser Einwand eine große Rolle spielen. — Von den Rednern aller Parteien wurde die Beschleunigung des in Aussicht gestellten Gesetzes gefordert.

Sobald wurde die Debatte über die auswärtige Politik wieder aufgenommen. Abg. Wassermann brachte die schwebenden Fragen in Ost-Asien zur Sprache, besonders den zwischen Rußland und der Mongolei abgeschlossenen Vertrag, ferner die Situation in China, und die Bemühungen fremder Nationen, weitgehende geschäftliche Beziehungen in China anzuknüpfen.

Unterstaatssekretär Zimmermann beantwortete die Fragen in zum Teil vertraulichen Ausführungen. Bei dem Mongolei-Vertrage, den Rußland im November vorigen Jahres mit dem Hutuktu von Urgo abgeschlossen hat, wird in Frage gezogen, ob der Hutuktu legitimiert war, für die ganze Mongolei vertragsschließend aufzutreten. Besonders für die innere Mongolei werde diese Legitimation bestritten; in der äußeren Mongolei habe sich wohl die Mehrzahl der Fürsten dem Urgovertrag angeschlossen. Der Vertrag gebe Rußland eine bevorzugte Stellung in der ganzen Mongolei. Bekanntlich habe China schon 1881 den Russen eine Reihe von Rechten in der Mongolei eingeräumt, u. a. Zollfreiheit und Konsulate in 10 Orten. Nach unserem Vertrage mit China von 1881 könnten wir nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung dieselben Rechte in der Mongolei beanspruchen. Bisher sei dies nicht geschehen, da deutsche Interessen dort kaum bestanden. Neuerdings hätten die deutschen Kaufleute in Charbin und Tientsin angefangen, sich des Handels nach der Mongolei anzunehmen. Das Land sei ziemlich arm, wir hätten aber das Interesse, es dem Handel aller Nationen offen zu halten, und wir hätten den Wunsch, daß die Verhandlungen zwischen Rußland und China zu demselben Ergebnis führen möchten. Zwischen dem Hutuktu und dem Dalai Lama von Tibet scheine ein Vertrag abgeschlossen worden zu sein; der nähere Inhalt entziehe sich der diesseitigen Kenntnis. — In der Frage der Anerkennung der chinesischen Republik sei durch den Entschluß des amerikanischen Präsidenten am Tage nach der Präsidentenwahl eine neue Lage geschaffen. Bisher habe unter den Mächten die Absicht bestanden, in dieser Sache gemeinsam vorzugehen. Wie sich die anderen

Mächte nach dem Vorgehen der Amerikaner zu stellen gedächten, sei noch nicht festgestellt. — Der Unterstaatssekretär gab sodann eine Darlegung über die Geschäfte der Anleiheverhandlungen. Amerika sei, wie bekannt, von dem Mächtekonkern zurückgetreten. Die deutsche Regierung wünsche nach wie vor das Zustandekommen der Anleihe im wohlverstandenen Interesse Chinas, das ohne die Anleihe nur zu leicht Konzessionsjägern in die Hände fallen könnte. Und, anstatt auf dem Wege ernster Reformen sich zu konsolidieren, aus den finanziellen Schwierigkeiten nicht herauszukommen.

Genosse Bernstein ging in längeren Ausführungen auf die Darlegungen des Regierungsvertreters ein. Im Interesse Deutschlands würde es liegen, wenn es mit der Anerkennung der chinesischen Republik voranginge. — Abg. Müller-Meinungen vertrat die Meinung, Deutschland sei in China sehr stark ins Hintertreffen geraten, während der neue Präsident der Vereinigten Staaten ungemein geschickt operiert habe. — Genosse Ledebour kritisierte die Stellung der deutschen Regierung in der Frage der chinesischen Anleihe und forderte gleichfalls schnelle Anerkennung der chinesischen Republik, ferner Befestigung der diplomatischen Stellen mit Leuten, die über praktische Erfahrungen verfügen. — Genosse Noske wies darauf hin, daß das deutsche Kapital in China sich nicht auf der Höhe einer gesunden Unternehmungslust befunden habe. Daran möge zum Teil auch die recht unglückliche deutsche Politik in Ost-Asien schuld sein. Es sei doch ein toller Zustand, daß Deutschland in China nicht einen Beamten sitzen habe, der nur einigermaßen Land und Leute kennt. Beachtlich sei auch, daß Tsingtau (im deutschen Kiautschougebiet) ein förmliches Konspirationsnest für die chinesische Monarchistenpartei geworden ist. Darauf möge die Regierung achten, um Schädigungen deutscher Interessen zu verhüten. — Abg. Hefcher zitierte unter schallender Heiterkeit den amtlichen Bericht des deutschen Handelsfachverständigen in China, der in sehr mangelhaftem Deutsch abgefaßt ist und etwa einem Sekundareraufsatz gleicht. Trotzdem glaube Unterstaatssekretär Zimmermann, auch diesen Beamten in Schutz nehmen zu müssen.

Einem fortschrittlichen Abgeordneten gegenüber wies der Unterstaatssekretär die Ansicht zurück, daß Deutschland in der Frage der Berater für die chinesische Regierung zurückgedrängt worden sei. Es handle sich hier um völlig haltlose Pressenmeldungen. Die vom Unterstaatssekretär vorgebrachten Tatsachen erweisen, daß von einer Bevorzugung anderer Mächte zum Schaden Deutschlands keine Rede sein kann. — Der Vertreter des Reichsmarineamts erklärte, daß die deutsche Verwaltung in Tsingtau angewiesen ist, mit aller Strenge darauf zu achten, daß strikte Neutralität beachtet wird. Auch den zehn höheren früheren chinesischen Beamten, die in Tsingtau wohnen, ist jegliche politische Betätigung untersagt worden. — Abg. Wassermann forderte, daß bei der Anstellung zum diplomatischen Dienst nicht mehr Geburt, Vermögen und häusliche Beziehungen ausschlaggebend sein sollen, sondern allein die Befähigung. — Staatssekretär von Jagow bat, ihm Zeit zu lassen, mit diesen Anregungen sich vertraut machen zu können. Er glaube aber nicht, daß man, ohne von eigenem Vermögen zum Gehalt zuzuschließen zu können, die diplomatische Karriere einschlagen kann. — Abg. Erzberger äußerte sich eingehend

über das Nachrichtenwesen des Auswärtigen Amtes im Auslande. Ferner kam Erzberger auch auf den Artikel in der „Kölnischen Zeitung“ gegen Frankreich zu sprechen. Die Regierung solle sich, falls sie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ nicht benutzen will, anderer amtlicher Zeitungen bedienen. Bei Zeitungen, wie der Kölnischen, sei schwer zu unterscheiden, ob ein Artikel offiziös oder Redaktionsarbeit ist. — Gen. Ledebour betonte, die Plutokratie im diplomatischen Dienst werde solange in Erscheinung treten, als die kapitalistische Gesellschaft besteht. Das hindere nicht, soweit wie möglich für eine bessere Diplomatie zu sorgen. Das Beste werde sein, um den vielen Uebelständen im auswärtigen Dienste zu steuern, wenn in allen wichtigen Fragen direkt von Regierung zu Regierung verhandelt wird, statt auf dem oft unzulässigen Umwege über Botschafter und Gesandte. Das habe die Marokko-Affäre schlagend bewiesen.

Der Etat des Auswärtigen Amtes wurde im weiteren Verlaufe der Sitzung erledigt.

Im Bericht vom Donnerstag ist ein Satz in der Rede des Genossen Scheidemann verstümmelt wieder gegeben worden, den wir hier im richtigen Wortlaut wiederholen: „Von den Forderungen Rumäniens auf Silistria, die der Herr Staatssekretär erwähnt hat, glaube ich sagen zu dürfen, daß sie staatsrechtlich wenig zu halten sind.“

Die stillen Reserven drücken sich.

Das patriotische Barometer fällt, und das von Tag zu Tag energischer. Daß die wohlbegüterten Sunker sich zu drücken versuchen, ist selbstverständlich. Aber ebenso planmäßig versuchen die Geldleute und die Aktiengesellschaften sich an dem Patriotismus, der etwas kostet, vorsichtig vorbeizuschlängeln. Bei diesen Bemühungen erfährt die Öffentlichkeit erst richtig, wo überall Befehle stecken, der jetzt natürlich an das Tageslicht kommt, weil er für sich Befreiung von der Einkommensteuer verlangt.

Die riesenhaftesten Reservoire geheimer Vermögen sind die stillen Reserven der Aktiengesellschaften.

Immer planmäßiger kommen die großen Aktiengesellschaften dazu, alljährlich nur einen Teil ihrer Gewinne in Gestalt von Dividenden zu verteilen. Sie sammeln hohe Reserven an. Diese Reserven, so weit sie in den öffentlich sichtbaren Reservefonds aufgespeichert sind, müssen natürlich versteuert werden. Wie steht es aber mit den stillen Reserven?

Die deutsche Handelsgesetzgebung schreibt zwar vor, daß in einer Bilanz die Vermögenswerte nicht überschätzt werden dürfen, sie verpflichten aber durchaus nicht, eigenen Befehl zu unterwerfen. Die Banken setzen in ihre Jahresbilanzen die Bestände an Wertpapieren viel niedriger ein, als sie tatsächlich Geldwert haben. Die Außenstände der Bankinstitute werden durch stille Abschreibungen verringert. Die Aktiengesellschaften in der Industrie und im Handel machen es ebenso. Nur ein Beispiel. Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft hat auf ihrem Effektenkonto per 1912 rund 23 Millionen Mark von deutschen Aktien, Anteilen und Obligationen industrieller Gesellschaften, Elektrizitätswerken und elektrischen Bahnen. Nehmen wir an, daß der Durchschnittswert dieser Industriepapiere auch nur eine Kurzhöhe von 150 darstellt, dann müßten diese Werte gerechterweise mit 33,5 Millionen

Anna.

Roman von Th. Mügg.

(11. Fortsetzung.)

Wie alle Mädchen sind, wenn der entscheidende Augenblick da ist, im Grunde aber mußt Du es vorher gesehen haben, denn Du weißt —

Ja, ich weiß, fiel sie ein, als wollte sie die Fortsetzung hindern.

Und Gustav ist wirklich ein schöner Mann, hübsch gewachsen, ein interessantes Gesicht, was sagst Du?

Ich habe ihn noch nicht so genau betrachtet, kispelte das Fräulein.

Nicht genau betrachtet?! Ich habe selbst gesehen, wie oft Du ihn still anschautest, wenn er es nicht sah. Grade heraus, Stephanie, wie gefallt er Dir?

Wenn ich es sagen soll, erwiderte sie unter beständigem Erröten, ich habe gewiß nichts Mißfälliges bemerkt, nur —

Nur, nur? flüsterte Frau von Grießfeld, als sie schwieg.

Nur fast zu hübsch kommt er mir vor, stotterte sie.

Zu hübsch! Mädchen, lachte die Mutter, das ist doch wahrhaftig kein Fehler an einem Mann.

Warum denn nicht? fragte der Herr, welcher in der Sophaede schloß, indem er den Kopf auf die andere Seite legte.

Nun Gott sei uns bei! rief die Dame halblaut, Onkel Tobias verteidigt Dich und sich im Schlaf. Doch höre alles Erstes meinen Rat, Stephanie. — Sie nahm die beiden Hände ihrer Tochter und sprach leise und eindringlich mit ihr, die sehr geduldig, sanft und schüchtern zuhörte und kaum vernehmbar Antworten gab.

Nach einer Weile dehnte sich der Herr im Sopha, und plötzlich warf er ein paar verwunderte Blicke auf die beiden Damen, die seine Aufmerksamkeit einige Minuten lang nicht bemerkten. Erst als er sich räusperte, sah die Direktorin sich nach ihm um, und im Augenblick war Onkel Tobias auf seinen Beinen. Als er ferngerade stand, ersahen er von ansehnlicher Leibeslänge, und niemand konnte zweifeln, daß ein ehemaliger Soldat in ihm steckte, der noch immer den blauen Rock bis an den Hals zuknöpfen muß und Sporen an den Stiefeln trägt, obwohl er seit vielen Jahren kein Pferd mehr bestiegt. — Eine hohe schwarze Halsbinde hielt seinen Kopf steif in die Höhe, und dieser Kopf selbst war ein Gemisch von Zügen, die nicht zu einander paßten. Es lag viel Stolz und Herausforderndes in den harten Miene, und doch auch eben so viel Räucherliches in der heftigen raschen Beweglichkeit derselben, wie in der Süßlichkeit seines Gesichts und in der

ganzen eckigen Gestalt, bei der ein breiter Oberteil auf einem dünnen Untergeteil stand.

Heimlichkeiten? rief er, sich Rock und Weste straff ziehend, indem er sich noch steifer aufrichtete.

Es wird Kriegsrat gehalten, Onkel Tobias, erwiderte die Dame, und fast möchte ich Sie als ehemaligen Major, Bruder meines Mannes und nahes Familienmitglied mit hineinziehen.

Wiel Ehre! sagte der Major sich verneigend. Wie lautet die Parole?

Heirat, versetzte sie.

Wer? Die! er deutete auf Stephanie.

Ja, Die.

Mit wem? fragte er den Schnurrbart streichend.

Mit dem Doktor Wilberg.

Hui Teufel! aber ich hab's gedacht, rief Onkel Tobias, indem er mit dem Fuß aufstampfend wie ein echter Soldat kehrt machte und das Zimmer hinunter marschierte. Dann drehte er im Geschwindschritt um und stand vor den beiden Damen still.

Will Sie? fragte er auf seine Rechte zeigend.

Warum sollte sie denn nicht wollen?

Sie will nicht, ich seh's, aber sie soll! sagte der Major, langsam seinen Kopf auf dem Halbe drehend.

Sie haben Visionen, Onkel Tobias, versetzte die Direktorin lachend und geärgert. Wer sollte Stephanien zwingen?

Sie! erwiderte er militärisch ernsthaft.

Ja? Seien Sie nicht töricht.

Sie haben die Parole längst gegeben.

Nun, meinestwegen, sagte die Dame. Wenn Sie fragen, was ich wünsche, so antworte ich: allerdings sehe ich diese Verbindung gern, die in so vieler Beziehung paßend ist.

Mesalliance! murmelte der Major zwischen den Zähnen, indem er einen grimmtigen Blick auf seine Schwägerin schleuderte.

Diese erröte und schwieg, allein nach einer kleinen Pause war sie wieder sicher und fuhr mit härterer Stimme fort: Ich habe das Wohl meines Kindes zu bedenken. Was haben Sie denn gegen den jungen Wilberg?

Parfümierter Mensch! rief der Major mit verächtlichem Ausdruck, indem er heftig mit dem Kopfe nickte; Schreibersohn, Bürsche, der alles weiß und nichts!

Wie soll er denn aussehen? erwiderte die Dame boshaft, den alten Herrn betrachtend.

Wie ein Mann! sagte Onkel Tobias, indem er abermals mit dem Fuße heftig aufstampfend kehrt machte und durch das Zimmer schritt.

Nun da hörst Du, Stephanie, wie unser lieber Onkel Deinen Entschluß beurteilt, er würde Dir sicher einen ganzen Mann verschaffen.

Sicher! sagte der Major zurücksehend. Aber nicht Du ihn denn?

Stephanie schwieg.

Wißt Du ihn? fuhr er fort.

Aber ich bitte Sie, Onkel Tobias, Sie machen mich ernstlich böse, fiel die Direktorin ein.

Der Major sah sie starr an, steckte die Hand zwischen die Knöpfe und nickte mit feierlicher Langsamkeit. — Sehr wohl, sagte er; wenn ich aber meine Rechte wäre, ich nähme ihn nicht. Verstanden?

Verstanden, bis auf die letzte Silbe. Mir ist es daher ungemein lieb, Onkel Tobias, daß Sie nicht Ihre Rechte sind.

Auf Ehre! mir auch! sagte der Major kalt, indem er sich umdrehte und aus dem Zimmer ging. Als er die Tür öffnen wollte, tat sich diese jedoch soeben auf, und der Gegenstand seiner Abneigung trat mit einem höflichen Grusse gegen ihn und die Damen herein. — Der Major schob sich zur Seite und richtete sich auf, indem er ihn vorüber ließ, ohne ein Wort zu sagen. Dann blieb er noch einen Augenblick an der Tür stehen, betrachtete den jungen Herrn von oben bis unten mit einem bedenklichen Kopfschütteln und entfernte sich.

Ich habe, wie es scheint, Ihre Unterhaltung gestört, sagte Wilberg, nachdem er Platz genommen hatte, indem er den Blick auf das verlegene Gesicht Stephanians richtete.

Im Gegenteil, lieber Doktor, wir haben Sie erwartet, erwiderte Frau von Grießfeld. Ihre Mutter schrieb uns ein Bilkett, das uns Ihren Besuch anzeigte. Sie wollen heut bei uns bleiben und sind immer willkommen. Gehen Sie mit Stephanien in den Garten. Sind die Bäume auch kahl, die Sonne scheint noch freundlich. Ich lasse den Tee bereiten und rufe Euch. Ihr habt ja beide noch gar nicht Zeit gehabt, Euch einmal auszusprechen, und Jugendfreunde haben doch gewiß allerlei auf dem Herzen, was sie sich gern vertrauen möchten.

Rächelnd nahm sie die zitternde Hand des jungen Mädchens, das mit ungewissem Schritt dem leisen Druck folgte. Du mußt ihn führen, Stephanie, sagte die Direktorin, er findet sonst den Weg nicht durch den dunklen Korridor.

Wenn Stephanie nur will, erwiderte Gustav, so ist der Weg nicht schwer zu finden.

Nun so geht und helfe der eine dem andern, lachte Frau von Grießfeld. Ihr sollt ein ganzes Stündchen haben, um Euch auszulauern.

Durch mehrere Zimmer und durch einen langen dunklen Gang führte Stephanie den Jugendfreund in einen Salon.

Mark in die Bilanz eingestuft worden sein. Eingestellt sind sie in Wirklichkeit mit 9,6 Millionen Mark! Genau 18,7 Millionen Mark Beteiligungen an ausländischen Unternehmen berechnet die A. E. G. mit 9,2 Millionen Mark! Der wirkliche Wert ist mindestens 25 Millionen Mark! Da, sogar die Aktien und Anteile der eigenen Zweigniederlassungen und Gesellschaften hat die A. E. G. mit nur etwa der Hälfte des Nominalwertes verbucht, trotzdem gerade die Tochtergesellschaften der A. E. G., deren Aktien und Anteile im Kurse am höchsten stehen, also normalerweise mit vielleicht dem Doppelten des Nominalwertes verbucht werden müßten.

Die A. E. G. hat auf ihrem Effektenkonto so rund 100 Millionen Mark Wertpapiere mit etwa 64 Millionen Mark in die Bilanz eingestuft! Der wirkliche Wert ist mit 164 Millionen Mark nicht zu hoch geschätzt! Die stillen Reserven allein auf diesem Konto wären demnach mit 100 Millionen Mark anzunehmen!

Es gibt aber auch noch andere Möglichkeiten, stille Reserven anzuhäufen. Wer prüft nach, ob der in einer Bilanz angegebene Wert der Fabrikgrundstücke und Gebäude nicht wesentlich niedriger ist, als er sich in Wirklichkeit darstellt? Bleiben wir immer noch bei der A. E. G. Sie berechnete den Wert ihrer Patente für das Jahr 1912, sie besitzte Tugende der allerwichtigsten, mit einer Mark! Die Differenz zwischen der einen Mark und dem wirklichen Wert ist von den Teilen früherer Gewinne abgeschrieben worden, die man nicht in Dividenden ausgeschüttet hat. Aber auch alle Maschinen, Werkzeuge und Modelle der A. E. G. stehen mit einer Mark in der Bilanz!

Und alle diese stillen Reserven, die bei den deutschen Industriebankgesellschaften und bei den Banken in die Tausende von Millionen Mark gehen, sie sollen steuerfrei bleiben, die Regierung hat es schon versprochen!

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 5. April 1913.

132. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Kühn.

Etat des Reichstags.

Hierzu beantragen die Nationalliberalen in einer Resolution eine Abänderung des Diätengesetzes, durch die den Reichstagsmitgliedern freie Fahrt während der Dauer der Legislaturperiode auf den deutschen Eisenbahnen gewährt wird, und in einer zweiten Resolution die Vorlegung eines Gesetzesentwurfes, durch welchen die Wahlprüfungen einer gerichtlichen Behörde überwiesen werden.

Callermann (N.) begründet die erste Resolution, die der Reichstag wiederholt angenommen habe. Es wäre wünschenswert, die Regelung der Materie, wie es der Würde des Reichstages entspräche, recht bald vorzunehmen, damit nicht ein Zusammenhang zwischen der Regelung und der Debatte vorliegt vermieden wird. (Zustimmung links.) Der Bundesrat sollte dem wiederholt einstimmig gefaßten Beschluß des Reichstags endlich Folge leisten.

Stücklen (S.): Die unwürdige Behandlung des Reichstags durch den Bundesrat hat die bürgerliche Mehrheit sich selbst zuzuschreiben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir stimmen dem Antrag der Nationalliberalen zu, aber nicht ihrem zweiten, der die Wahlprüfungen dem Reichstag entziehen will. Die Wege der bürgerlichen Justiz sind so wunderbar, daß wir unsere Bedenken haben, die Prüfung der Mandate einem Gerichtshof zu übertragen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch der Reichstag hat nicht immer einwandfrei gehandelt, mehrfach ging hier Recht vor Recht — ich erinnere nur an die Fälle Braun und Buchwald. Aber das darf noch lange nicht dazu führen, daß der Reichstag auf ein so wichtiges Recht verzichtet. Der Antrag beweist, wie sehr sich die Nationalliberalen nach der reaktionären Seite entwickeln haben. Im Februar 1899 betonte gerade Herr Callermann, daß die Wahlprüfungen einem Gerichtshof nicht übertragen werden dürfen. (Hört, hört! bei den Soz.) 1910 nannte der nationalliberale Abgeordnete Heinze einen solchen Vorschlag kaum akzeptabel, im Februar 1912 fand Herr Kund ihn schon sehr akzeptabel, nur wollte er damals einen besonderen Wahlprüfungsausschuß, dessen Mitglieder der Reichstag wählen sollte. Jetzt verlangen die Nationalliberalen die Prüfung der Wahlen ganz einfach an einen Gerichtshof, ohne zu sagen, wie sie sich das näher denken. Sie wollen doch nicht etwa die

hagerischen Wahlen vom Preussischen Kammergericht prüfen lassen? Oder wollen sie einen Senat des so sehr überlasteten Reichsgerichts mit der Prüfung betrauen? Die Schuld der Langsamkeit der Wahlprüfungen liegt nicht an der Wahlprüfungskommission, die recht fleißig arbeitet, sondern an der Methode. Wird z. B. Beweiserhebung beschlossen darüber, ob einige Wähler Ausländer waren, so kann nicht der Referent oder Korreferent die Anfrage an den betreffenden Gemeindevorsteher richten, von wo die Antwort in zwei Tagen da sein könnte, sodas die Arbeit weiter gehen könnte, sondern zunächst muß ans Plenum berichtet werden, hier wird Beschluß gefaßt, es dem Reichsanwalt zu übergeben. Dieser sendet die Sache an den betreffenden Bundesstaat, etwa nach Dresden, von da wird sie an die Kreishauptmannschaft geschickt, von dort zur Amtshauptmannschaft, (Seiterkeit) dem Amtshauptmann preßiert es vielleicht nicht besonders, er läßt die Sache einige Wochen liegen, und schickt sie schließlich an die betreffenden Gemeindevorsteher, von wo sie dann denselben gemühtlichen langsame Weg zurückgeht, und man kann sich freuen, wenn sie unterwegs nicht verloren geht und man sie auch überhaupt zurückbekommt. (Seiterkeit.) Hier könnte also leicht Wandel geschaffen werden, wenn der Referent der Kommission im Einverständnis mit den Vorstehenden sich selbst an den Gemeindevorsteher wenden könnte. Es handelt sich ja meistens um einfache Auskünfte. Erwägenswert wäre ferner, ob die Wahlprüfungskommission nicht in der sittingsfreien Zeit arbeiten soll. Die Kosten können gegenüber der raschen Erledigung gar nicht in Frage kommen. Also trotz aller üblen Erfahrungen, die gerade wir Sozialdemokraten gemacht haben, wollen wir die Wahlprüfungen nicht dem Reichstag nehmen und einem Gerichtshof übertragen. (Bravo! bei den Soz.)

Dr. van Calker (N.): In vielen Punkten stimme ich dem Vordränger bei. Ein wichtiges Recht des Reichstags würde ich ohne ganz durchschlagende Gründe nicht aufgeben. Bei dem jetzigen Zustand werden die Wahlprüfungen aber vielfach verschleppt; dem will unser Antrag entgegenwirken. Anders läge die Sache, wenn die Entscheidungen der Wahlprüfungskommission endgültig wären. Sie unterliegen aber der Nachprüfung des Plenums, das daraus vielfach lediglich eine Machtrage macht. Es soll sich aber um Urteilsprüche handeln, und deshalb verlangen wir dafür ein unparteiisches Gericht. Das Reichsgericht ist zu überlastet. Das Oberlandesgericht Kofmar hat ja sehr schnell gearbeitet. (Abg. Spahn: Es war auch danach!) Die Entscheidungen sind auch kritisiert worden, gewiß, nämlich von den Parteien, die schlechte Geschäfte dabei gemacht haben. (Seiterkeit.) Die Entscheidungen über Wahlbeeinträchtigungen durch Geistliche wurden eben von einer Seite unangenehm empfunden. Ich würde ein Reichsverwaltungsgericht mit besonderen Wahlprüfungsenaten vorschlagen, die aus Richtern und Abgeordneten mit der Mehrheit von Richtern zu besetzen wäre. Das englische Parlament hat sich auch auf diesen Standpunkt gestellt. (Bravo! bei den Nat.)

Dove (Sp.): Dem ersten Antrag der Nationalliberalen stimme ich zu, den zweiten beantragen wir der Geschäftsordnungskommission zur Vorprüfung zu überweisen.

Dr. Spahn (3.): Dem Antrag in bezug auf die freien Eisenbahnfahrten trete auch meine Freunde bei, den andern lehnen wir ab. Eine Defapitatio (Enthauptung) des Reichstags können wir nicht zugeben. Der Reichstag darf sich auch nicht der Möglichkeit berauben, Mißbräuche bei der Wahl hier öffentlich an den Franger zu stellen.

Dr. Arendt (Rp.): Der Antrag über die Freifahrten liegt auch im Interesse der Regierung und des Landes, die Beilegung der dauernden Vertagungen ist im öffentlichen Interesse notwendig. In dem andern Antrag können wir keine Defapitatio des Reichstags erblicken, der Reichstag hat vielmehr das Interesse an einer schnellen und unparteiischen Erledigung der Wahlprüfungen. Dem Antrag auf Überweisung an die Geschäftsordnungskommission stimme ich zu, doch soll er dort nicht etwa begraben werden.

Dr. Neumann-Hofer (Sp.): Eine Beschleunigung der Wahlprüfungen ist in dieser Session schon dadurch erreicht worden, daß die Wahlprüfungen stets nach ihrer Erledigung in der Kommission sehr bald auf die Tagesordnung gesetzt worden sind. Hoffentlich bleibt es dabei. Vielleicht wäre der Ausweg denkbar, daß der Reichstag die endgültige Entscheidung der Kommission überläßt, die schließlich auch in der Sessionfreien Zeit tagen könnte.

Fischer-Berlin (S.): Der Überweisung der Resolution an die Geschäftsordnungskommission wollen wir nicht widersprechen, wenn dabei wohl auch nicht viel im Sinne des Antrages herauskommen soll. Die wichtigste Frage ist, wenn der Reichstag sein Recht abgeben soll, und ob es dadurch besser werden kann, und da erkläre ich, für mich ist der Antrag Callermann unannehmbar. Ich werde doch nicht dieses Recht der Wahlprüfung abtreten zu einer Zeit, wo die größte Partei des Landes nicht einmal hier im Hause als gleichberechtigt anerkannt wird, zu einer Zeit, wo der deutsche Richterhand in der ärgsten Kaiserjustiz befangen ist. Gerade das ruft ja unser Mißtrauen zu dem Richterstand hervor, daß die Richter ja kein Verständnis für die Weltanschauung der Leute haben, über die sie zu Gericht sitzen. Ich frage mich, daß hier offen zugegeben wurde, die Wahlprüfungen werden nicht als Rechtsfrage, sondern als Machtrage behandelt. Ob politische Einflüsse bei einer Wahl sich geltend gemacht haben, wird lediglich unter dem Gesichtspunkt betrachtet, was die einzelnen Parteien dabei gewinnen. Dieser Umstand erklärt ja auch die Umfälle, die wir erlebt haben. Sehr erfreulich demokratisch hat Herr Spahn hier gesprochen, aber man muß bedauern, daß er dabei so selten seine Partei hinter sich hat; sie ist es ja, die bei solchen Fällen am meisten umfällt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es war von formalen Fragen die Rede, die ein Gericht prüfen könne, z. B. die des Wohnortes. Aber auch das ist gar keine formale Frage. Unter der Frage des wechselnden Wohnortes haben vor allem die Arbeitermassen zu leiden, und so sehen Sie, daß bei der Entscheidung des Begriffes „Wohnort“ das Interesse einer großen Partei herauf wird. Auch die Frage der Geheimhaltung der Wahl ist eine äußerst wichtige politische Frage. Die Frage der Beeinflussung der Wahl durch den schismatischen Terrorismus der Unternehmer, der sich jahrzehntelang im Kontinent geltend gemacht hat, hat noch nie zur Behandlung einer Wahl geführt. Glauben Sie etwa, daß die Richter den Arbeitern größeren Schutz angeheißt lassen würden. Terrorismus der Unternehmer würden Sie sicherlich nicht als Beeinflussung gelten lassen, wohl aber den sogenannten Terrorismus der Arbeiter und Gewerkschaften, denn von der Schulbank an haben die Richter niemals Verfechtung mit Arbeitern gehabt und stehen ihren Anschauungen fremd gegenüber. (Sehr wahr! bei den Soz.) Derselbe Richter, der ein außerordentliches Verdienst für die Bergleute von Studenten und Offizieren hat, ist der granamierte Richter, wenn es sich um die Solidarität der Arbeiter handelt. Glauben Sie, daß der Mißbrauch von Beamten durch Richter verhindert werden könnte? Die meisten amtlichen Wahlbeeinträchtigungen finden in Ostpreußen statt, und die preussischen Landräte kümmern sich den Densel um die Beschlüsse des Reichstags, weil sie wissen, daß die Regierung ihnen kein Haar trümmet. Würde die Regierung den Beschlüssen des Reichstags beitreten, so würden solche amtlichen Mißbräuche sofort beseitigt sein, man braucht ja nur ein standaltes Verlangen bei der zweimaligen Wahl in Schwes zu denken. (Sehr richtig! bei den Soz.) Selbst die Bagatelle der

den. Und da sollen wir glauben, durch die Richter könnte etwas gebessert werden? Herr van Calker wünscht besondere Senate, in denen neben den Richtern auch Laien sitzen. Glauben Sie, daß auch nur ein einziger sozialdemokratischer Abgeordneter hinein kommen würde? Wie die Dinge heute liegen, sicherlich nicht. Hier in der Kommission des Reichstags sind wir gleichberechtigt, weil wir 110 Mann sind. Fragen Sie einmal die Konservativen, ob sie uns anerkennen würden, wenn wir nur 5 oder 6 wären. (Zuruf rechts: Im preussischen Abgeordnetenhaus!) Dort hat die Partei zehnmal mehr Stimmen als die konservative mit ihren 60 Abgeordneten, und deshalb können Sie sie auch dort nicht erdrosseln, es ist schon Standal genug, daß die Zahl der Abgeordneten nur 6 ist. (Recht, sehr richtig! bei den Soz.) Auch da hängt die Anerkennung der Partei nicht von Ihrem guten Willen und Ihrem Gerechtigkeitsgefühl ab. (Sehr wahr! bei den Soz.) Dort haben Sie ja auch den Gendarmen zu Hilfe gerufen. (Vizepräsident Paasche bittet den Redner, bei der Sache zu bleiben.) Also einen Verwaltungsgerichtshof will Herr van Calker. Das preussische Oberverwaltungsgericht ist ein warmes Beispiel. Es hat Gemeindevorsteher und Vorsteher abgesetzt, weil sie sozialdemokratischer Gesinnung verdächtig waren. Und einem solchen Gerichtshof sollten wir die Entscheidung der Wahlprüfungen übertragen! Sie wünschen unabhängige Richter. Gibt es denn solche in Preußen. (Vizepräsident Paasche: Sie dürfen nicht die Unabhängigkeit der preussischen Richter in Zweifel ziehen! — Abg. Hothuse bei den Soz.) Ich wende mich gerade gegen die Instanzen, die die Unabhängigkeit der Richter nicht respektieren. (Vizepräsident Paasche: Auch in bedingter und fragender Form dürfen Sie die Unabhängigkeit der Richter nicht angezweifeln.) Selbstverständlich gibt es auch ein paar unabhängige Richter, aber wenn sie sich bemerkbar machen, wird ihnen die Relativität ihrer Unabhängigkeit zu Gemüte geführt. Ich erinnere an Rauenstein, der gegen seinen Willen an eine Zivilkammer versetzt wurde, als er der Polizeivollmacht einen Riegel vorschob, ich erinnere an den Vorsitzenden des Moabitier Prozesses Anger, der vom Justizminister für seine durchaus zureichende Rechtsbelehrung, ein Bürger könne einen Beamten, der ihn überfalle, ohne weiteres niederfallen, zur Verantwortung gezogen wurde, ich erinnere an den Richter, der als Vorsitzender eines national-liberalen Vereins gegen eine konservative Wahl agitierte, und deshalb zur Verantwortung gezogen wurde. Mit der Würde des Richterstandes ist eben nur konservative Wahlagitator vereinbar. Und nun das Reichsgericht. Bei dem Gedanken, ihm die Entscheidung der Wahlprüfung zu übertragen, erschreke ich geradezu. Als es errichtet wurde, wollten es gerade die Nationalliberalen nicht in Berlin haben, weil es da zu nahe der Zentralkasse wäre, sie meinten, da könnte das Richterschnalz so leicht schmelzen. Aber auch in Leipzig hat das Reichsgericht es verstanden, die politischen Bedürfnisse der Regierung zu unterstützen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Nehmen Sie z. B. die Frage des Unterrichts. Seinerzeit nahm das Reichsgericht an, Unterricht komme nur in Frage bei der schulpflichtigen Jugend. Als dann die Regierung die Arbeiterjugend zu drangsalieren wünschte, dachte das Reichsgericht den Unterricht auf das fortbildungsschulpflichtige Alter aus, und jetzt, wo alles der „nationalen Jugendbewegung“ zugeführt werden soll, ist vom Reichsgericht in einer Plenarentscheidung das „erziehungsbedürftige Alter“ als das in Frage kommende angeführt. Ich zweifle keinen Augenblick, daß in den Augen des Reichsgerichts auch ich in einem sehr erziehungsbedürftigen Alter bin. (Stk.) Noch viel schrecklicher sind andere Entscheidungen des Reichsgerichts. (Vizepräsident Paasche ruft den Redner zur Sache.) Es handelt sich darum, ob die Rechte des Reichstags einem Juristenkollegium übergeben werden sollen, und da unterjuge ich die Chancen dafür und dagegen. (Vizepräsident Paasche: Ich bitte Sie, sich meinem Votum zu fügen!) Dann will ich nur noch einen Fall anführen. Wenn jetzt Mütter in einem Park am Brunnen zusammenstehen, und über die Erziehung ihrer Kinder sprechen, so sollten sie nach dem Urteil des Reichsgerichts gehalten sein, die polizeiliche Genehmigung dazu einholen, weil es sich um Erziehungsfragen handelt. Höher geht es nicht mehr. Da wird man wohl verstehen, daß wir sozial Mißtrauen in unseren Richterstand haben, und ihm nicht das Vertrauen entgegenbringen können, wie es die nationalliberale Resolution will. (Recht, Bravo! b. d. Soz.)

Bernstein (S.): Auch in England ist die Unzufriedenheit mit den Entscheidungen der Richter bei den Wahlprüfungen außerordentlich stark geworden, und zwar gerade bei der liberalen Partei.

van Calker (N.): Auch wenn die Wahlprüfungen einem Gerichtshof zur Entscheidung überwiesen werden, können die Mißbräuche bei der Wahl öffentlich im Reichstag besprochen werden, wie das Beispiel der Reichslande zeigt. Daß auch in England die Kritik gegen die Entscheidungen der Richter nicht schweigt, ist mir bekannt, aber der Sprecher verhindert dort, jede Anweisung der parteipolitischen Unbejagtheit der Richter, wie es auch hier der Herr Präsident getan hat. (Abg. Lebebour: Um so schlimmer!) Ich bedauere die scharfen Vorwürfe der Vordränger gegen unseren Richterstand, dessen Ehrenhaftigkeit nicht angezweifelt werden sollte.

Bernstein (S.): Die Ehrenhaftigkeit der Richter habe ich nicht angezweifelt. Es kommt hier etwas ganz anderes in Frage. Ich erinnere nur an die unerhörten Urteile wegen Majestätsbeleidigung aus dem Jahre 1878. Ein Richter, der selbst ein solches ganz exorbitantes Urteil gefaßt hatte, und dies einem Bekannten von mir, auch einem Richter, erzählte, erwiderte auf die Frage: „Wie konnten Sie nur dazu kommen, dieses Urteil zu fällen?“, „Bedenken Sie doch die Zeit!“ Da sehen Sie, was in Richterkreisen vorkommen kann. Ein Parlament, das die Prüfung seiner Wahlen aus der Hand gibt, würde Selbstmord begehen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Die Debatte schließt. Die Resolution betr. Wahlprüfungen wird zur Vorprüfung an die Geschäftsordnungskommission verwiesen, die Resolution betr. Freifahrtkarten wird gegen die Stimmen einiger Konservativer angenommen.

Der Etat wird bemittelt. Es folgt die Beratung des Titels „Aus dem Reichsfinanzamts-Etat“, der 31 Millionen für die Kriegsveteranen verneht.

Reichsfinanzsekretär Kühn erklärt, daß die Regierung die Vorlegung eines Gesetzentwurfs zur Neuregelung der Bezüge der Kriegsteilnehmer beabsichtigt.

Prinz zu Schönau-Carolath (N.): Diese Materie muß auf jeden Fall vor der Wehrvorlage erledigt werden. Die Beihilfe muß mindestens auf 150 Mark erhöht werden. Die politische Stellung darf auf keinen Fall einen Grund zur Verjagung der Beihilfe sein. Eine ärztliche Untersuchung dieser alten Leute, deren Dienstzeit 63 Jahre alt sein muß, ist ganz überflüssig.

Schöpfli (S.): Der Sekretär hat sich heute etwas vorsichtiger ausgedrückt als gestern. Er sprach nicht mehr von einer Erhöhung der Bezüge, sondern von einer Neuregelung. Wenn er sagte, die gedüngerten Wünsche sollen berücksichtigt werden, so meinte er wohl auch die Wünsche des Rhythäuserbundes, auf dessen Eingabe ja der Reichsanwalt so entgegenkommend geantwortet hat. Wenn der Bund verlangt, daß nur solche Veteranen Beihilfen erhalten

aus welchem man auf breiten Stufen in den Garten hinabstieg. — Fast schweigend hatten sie den Weg zurückgelegt, und wenige allmähliche Worte wurden gewechselt, die eher ihre Verlegenheit vermehrten, als auslösten. — Erst als die kühle Herbstluft ihnen erfrischend entgegenwehte, und der heitere, nichtblaue Himmel sonnig glänzte, kam der Lebensstrib der Natur den Willenstriebes des schwankenden jungen Mannes zu Hilfe und verschönte die ungewissen Blide, welche er dann und wann auf seine Begleiterin warf.

Er ergriff ihre Hand und sprach lebhaft von den Tagen der Vergangenheit, von ihren hohen Kinderjahren, von zahlreichen kleinen Erinnerungen, und nach und nach kam ein Gedächtnis in ihm, das bald auch einen weiteren Austausch über Geschichte anderer Zeiten zur Folge hatte. — Wüßberg erzählte von seinen Studien, seinen Reisen und seiner Rückkehr; die Fragen trafen sich, und endlich schien die fremde und höchst interessante Haltung jenseits zu wanken, welche Stephanie bewahrt hatte. — Wenn Gustav eine längere Erinnerung aufbrachte, lachte sie und half ihm ein, ihre blauen Wangen röteten sich, ihr gewöhnlich mattes Auge erhielt Leben, und die feinen Füge ihres Gesichts drückten eine Teilnahme aus, welche Wüßberg erheitert zum ersten Male bemerkte. Er betrachtete sie, indem er mit ihr durch den Sonnenweg höher auf den Hügel ging, welcher die Mure des Gartens durchspannt, und er sagte sich selbst, daß sie schön sei. Der warme Hauch des Blutes, welcher schimmernd durch die Haare, über und über geformten Füge drang, gab ihr heute einen besonderen Reiz, und ihre hohe Gestalt, die den Blick des Herrn freie so wenig werden konnte, schien dem erheiterten Beobachter durchaus schön und herrlich.

Wüßberg saß lange hin und her gedachten, und das war eine Gefühl in beiden gewacht war, sagte Gustav plötzlich lächelnd: Da bin ich also wieder, Stephanie, von wo ich ausgegangen war. Dem Reichsminister soll eine Filigranarbeit sein, eine Art Degen, die uns nach mancherlei Verzögerungen und mancherlei Schwierigkeiten endlich zurück zur Heimat führt. Ich habe die Zeichnung und habe vor dem Kaiserlichen Hofrat, nachdem ich erwiderte, daß sie mir nicht gefallen. Aus diesen Gründen und vielen anderen habe ich mir vorgenommen, der Kaiserlichen Minister zu folgen, zu bleiben, wenn Gustav mir zu helfen und ein ehbares und mögliches Mitglied der Reichsminister zu werden.

Ich habe meine, erwiderte Stephanie lächelnd, daß Sie das gar nicht nötig haben, denn ich bin seit Jahren in der Kaiserlichen Hofrat, Ihre Sekretärin und Hofdamenarbeit zu tun gewohnt.

(Fortsetzung folgt.)

den den Malergehilfen ein Raum zur Unterkunft, in dem Farben, Leibern sowie allerhand Handwerkszeug und Arbeitsgerät aufbewahrt werden, obwohl die bundesrätlichen Vorschriften das verbieten. Dann mangelt es fast überall an Aborte; an 13 Arbeitsstellen war überhaupt keiner; auf 100 und mehr Leute kommen ein oder höchstens zwei Sitze, obwohl für je 25 Arbeiter ein Sitz vorhanden sein soll. Das Ergebnis der Kontrolle, das hier nur kurz skizziert ist, klingt wie Ironie, wenn in den Hallen, die unter solchen Verhältnissen erbaut wurden, in einigen Wänden von den Berufsgenossenschafts-Modellen, Zeitschriften, Verfügungen, Geschenktwürfen usw. zur Verbesserung des Bauarbeiterstandes ausgestellt werden, um dem Publikum zu zeigen, was alles zum Schutze und zum Wohle der Bauarbeiter geschieht. Wie es in Wirklichkeit mit dem Bauarbeiterstand beschaffen ist, das zeigen die Kontrollen der Bauarbeiterkommissionen. Eine wirkliche Durchführung des Bauarbeiterstandes ist eben nur möglich, wenn unabhängige Arbeiterkontrollen die Aufsicht über...

Aus der Jugendbewegung.

Ein behördlicher Gewaltstreik gegen die Arbeiterjugend-Bestrebungen. Die oberfränkische Kreisregierung hatte sich zu einer Beschwerde zu äußern, die sich gegen einen Erlaß der Bayreuther Schulbehörde richtete, durch den die Fortbildungsschüler verboten wird, ohne Erlaubnis der Schulleitung an den Veranstaltungen in Jugendheim, den sonntäglichen Ausflügen usw. teilzunehmen. Man fürchtete sich dabei auf eine frühere Verfügung, die den Fortbildungsschülern die Teilnahme an Vereinen und deren Veranstaltungen verbietet; daß es sich aber in vorliegenden Falle um keinen Verein, sondern um zwangslose Veranstaltungen von Einzelpersonen handelt, machte der Staatsrat weiter kein Kopierbrechen. Die oberfränkische Regierung hat das ungeheuerliche Vorgehen gebilligt:

„da die Schulleitung darauf zu sehen hat, daß die Schüler auch in ihrem Verhalten außerhalb der Schule sich nicht in Widerspruch mit den Erziehungszielen derselben setzen und weil die Schulleitung die Pflicht besitzt, schädigenden Einflüssen, welche sie bei Erfüllung der Erziehungsaufgabe wahrnimmt, mit entsprechenden Maßregeln — nötigenfalls auch ohne Zustimmung der erziehungsberechtigten Angehörigen — entgegenzutreten. . . . Die Frage, ob die Bayreuther Arbeiterjugendbewegung ihre vorwiegend auf Verschärfung des Klassenkampfes gerichteten Bestrebungen in Form eines politischen oder nichtpolitischen Vereins oder in zwanglosen Versammlungen und Veranstaltungen zu erreichen sucht, ist für die in der Schulaufsicht gelegene Befähigung der Schulvorstandschäft zur Erlassung der angeordneten Anordnung nicht ausschlaggebend. Der Beschwerde kann demnach keine Folge gegeben werden.“

Es ist also in der schönen Wagnerstadt Bayreuth, die eine liberale Leuchte als Bürgermeister regiert, Rechtsens, daß ein fortbildungspflichtiger Arbeiter in den Karzer gesperrt wird, wenn er sich im Jugendheim einen Lehrer zum Vortrag anhört oder Sonntags in Begleitung Erwachsener einen Ausflug macht, ohne erst die Erlaubnis der Schulleitung einzuholen, die er natürlich niemals bekommt. Es ist auch ein Gewaltstück sonderbar, daß man auf solche Art Arbeitern das Erziehungsrecht über ihre eigenen Kinder zu rauben sucht. Die Regierungsbureaucraten werden aber trotz aller Willkürakte doch nicht das erreichen, was sie wollen. Die Arbeiterjugend läßt sich nicht einschüchtern.

Soziales.

Die schweizerische Volksschule besteht aus der Primar- und Sekundarschule. Im Jahre 1910 gab es 4704 Primarschulen mit 335 256 Schülern, die von 4704 Lehrern und 7401 Lehrerinnen unterrichtet wurden. Auf eine Lehrkraft entfielen im Durchschnitt 44 Schüler. Die Ausgaben für einen Schüler betragen 41 Fr. (in Schwyz) bis 274 Fr. (Basel-Stadt). Sekundarschulen gab es 632 mit 1695 Lehrern und 357 Lehrerinnen und 56 103 Schülern. Die Klasse zählte im Durchschnitt 25 Schüler. Die Ausgaben betragen für je einen Schüler 20 Fr. (Nidwalden) bis 215 Fr. (Glarus). Die Schülerzahl ist in den einzelnen Kantonen sehr verschieden; sie schwankt zwischen 40 (Genève) und 50 (in etwa 6 Kantonen). Die Gehälter sind sehr verschieden. Im Kanton Zürich beträgt das Anfangsgehalt für Primarlehrer 1800, für Sekundarlehrer 2300 Fr., das Endgehalt 2100 bzw. 2900 Fr. nebst freier Wohnung oder entsprechender Entschädigung. Das sind die Mindestsätze, die größeren Städte gehen weit darüber hinaus. Der Unterricht beginnt mit dem vollendeten 6. (in 12 Kantonen) oder 7. (in 13 Kantonen) Jahre. Die Schulzeit beträgt 6, 7, 8 und 9 Jahre. In einigen Kantonen sind teils fakultative, teils obligatorische Rekrutenkurse eingerichtet. Fortbildungsschulen mit 2- bis 3-jähriger Dauer sind in allen Kantonen eingerichtet, in einzelnen Kantonen auch sogenannte Ergänzungsschulen mit meist zweijähriger Dauer. Erhöhere sind teils obligatorisch, teils fakultativ. Die Rekruten müssen Lehrgänge im Turnen (Weit- und Hürdenlauf), in Lesen, Aufsatz, Rechnen und Vaterlandskunde ablegen. Dabei ergaben sich im Jahre 1911 gute Noten (1 und 2) im Lesen bei 59, im Aufsatz bei 75, im Rechnen bei 76, in Vaterlandskunde 64 u. S., schlechte Noten (4 und 5) bei 1, 3, 6 und 9 u. S.

Schul-Zahnklinik. In Chemnitz haben Rat und Stadtverordnete die Errichtung einer Schul-Zahnklinik beschloßen. Für die Behandlung während eines ganzen Jahres hat das durchschnittliche Kind 1 Mk. zu zahlen. Die erste Schul-Zahnklinik entstand im Jahre 1902 in Straßburg i. Elß; bis 1911 waren im Deutschen Reich bereits 62 solcher Anstalten eingerichtet.

Der Verwaltungsrat der Angelegenheitenverwaltung hat am Freitag und Sonnabend in Sitzungssaale der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin-Wilmersdorf seine erste Sitzung abgehalten. Außer mehreren Vorlagen, welche Geschäftsordnung und geschäftliche Einrichtungen betrafen, hand die Wahl von vier ehrenamtlichen Mitgliedern des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt auf der Tagesordnung. Gemählt wurden als Vertreter der Arbeitgeber die Herren Generaldirektor Dr. jur. Hager, Regierungsrat A. D. in Berlin, und Generaldirektor Dr. jur. Haglacher in Duisburg. Nebenher: als Vertreter der versicherten Angestellten die Herren Alfred Reichardt und Verbandsführer Dr. jur. Werner-Schulz; außerdem je vier Ersatzmänner.

Aus dem Gerichtssaal.

Schwer bestrafte Drohung. Der Dichtergeliebte Greibitzer, der aus München nach Wien gekommen war, um dem Kaiserlichen Hofe seinen Kunstschaff, den Bruder des Kaisers des Abgeordneten Schumacher zu übergeben, ist wegen gefährlicher Drohung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Aus Nah und Fern.

Verb. In ihrer Wohnung in Lötzen, Zimmer Nr. 7, ist am 14. März 1917 geborene Prinsessin Gräfin von Sibirien als Leiche aufgefunden worden.

worden. Der Toten war von einer Zuggardinschnur eine Schlinge um den Hals gelegt und das Ende der Schnur war am Fuße des Klaviers befestigt. Es fehlen zwei wertvolle Miniaturbilder. Andere verdächtige Begleitumstände lassen die Annahme gerechtfertigt erscheinen, daß möglicherweise kein Selbstmord, sondern ein Raubmord vorliegt. Ein in Potsdam wohnender Mithändler ist vorläufig in Haft genommen worden, bis weitere nach Berlin führende Spuren aufgetaucht sind.

Familien-drama. Western früh verlebte in Waltershausen (Noburg-Gotha) der Fabrikarbeiter Sachle seine Frau durch Revolverschüsse lebensgefährlich. Darauf tötete er seine drei Kinder durch Revolverschüsse und entlebte sich selbst. Ein zehnjähriger Sohn hatte sich unter dem Bett versteckt und blieb so am Leben. Der Mann beging die Tat wegen Untreue der Frau.

Überfall. In einer Wohnung in der Georgenstraße in München erschien ein unbekannter Mann, der sich dem Dienstmädchen gegenüber als Telephonarbeiter ausgab. Er schnitt das Hörrohr ab, schlug das Dienstmädchen nieder, erbeutete es und stahl einen größeren Geldbetrag.

Großfeuer. In Nubdorf bei Oberndorf brach in einem Gasthause ein Brand aus. Das Feuer, dessen Ausbreitung der Wind begünstigte, ergriff die Kirche; der Kirchturm stürzte. Die Kirche, die ausgebrannt ist, ist gleichfalls dem Einsturz nahe. Bisher sind 21 Häuser eingeeichert. Von hier wurde militärisch Hilfe requiriert.

Zimmer mehr Schandtatzen der Suffragetten. Die große Tribüne des Kennplatzes in Myr in Schottland geriet Sonnabend nach Mitternacht in Brand und ist vollständig zerstört worden. Der Schaden beläuft sich auf dreitausend Pfund Sterling (60 000 Mark). In der Brandstelle aufgefundenen Zettel weisen darauf hin, daß es sich um eine Tat von Suffragetten handelt.

Die Piraten ermittelt. Soldaten und Zollbeamte trafen die chinesischen Piraten, deren Überfall auf ein Schiff auf dem Westflüß gemeldet wurde, bei Nantau an. Ein Pirat wurde getötet, sechs wurden festgenommen. Ein großer Teil der Beute ist wiedergefunden worden.

Schwere Bluttat. In Mainz erstach der 24-jährige frühere Zwangsgefangene und jetzige Händler Robert Schmitt den ledigen 22-jährigen Tagelöhner Nikolaus Haas, indem er ihm die Hauptschlagader am rechten Oberschenkel durchstach. Auf dem Transport nach dem Krankenhaus starb der Verletzte. Der Täter wurde verhaftet. Er gibt die Tat zu, will aber in Notwehr gehandelt haben.

Ein frommer Steuerverweigerer. Im frommen Rheinlande droht Revolution auszubrechen. Die Nierz, ein Nebenfluß der Maas, wird seit Jahren pestilenzialisch verseucht durch Fabrikabwässer usw. Abhilfe ist trotz jahrelanger Protestationen der umliegenden Ortschaften nicht erfolgt. Nachdem schon im vorigen Sommer in der Gemeinde D e d t eine lebhafteste Bewegung im Gange war, die auf Verweigerung der Zahlung der Staatssteuern abzielte, hat jetzt ein adeliger Zentrumsmann Ernst gemacht mit der Steuerverweigerung. Der Freiherr v. Geyr auf Haus Gaen bei Straelen hat sich dieser Tage pfänden lassen. Er hatte die Zahlung der Staatssteuer verweigert mit der Begründung, er fühle sich nicht zur Zahlung der Steuer verpflichtet, solange nicht der Staat dafür Sorge trage, daß er Gaen ohne Gefährdung seiner Gesundheit als Wohnung behalten könne. Man darf neugierig darauf sein, ob man dem schwarzen Freiherrn seine gepfändeten Sachen auch so rasch verkaufen wird, wie das bei einem armen Teufel der Fall ist, der Steuern nicht zahlen kann, weil sonst die Seinen hungern müßten.

Selbstmord des Automobilbanditen Lacombe. Im Vatiker Gefängnis hat der Bandit Lacombe, einer der Führer der Automobilbanditen, Selbstmord verübt. Es gelang ihm, aus seiner Zelle auf das Dach des Gefängnisses zu entkommen. Als er sich entdeckt sah, sprang er in die Tiefe und blieb mit völlig zerquetschtem Gliedmaßen tot liegen.

Drei Mädchen durch Gas vergiftet. Drei Verkäuferinnen des Schlächtermeisters Vipers in Schöneberg wurden benutzlos aufgefunden. Von einem Gastkocher hatte sich der Schlauch gelöst, und das Zimmer, in dem die drei Mädchen gemeinsam schliefen, hatte sich mit Gas gefüllt. Zwei der Mädchen waren bereits tot, das dritte wurde in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus gebracht.

Überfall durch Flußpiraten. Aus Hongkong meldet das Reutersche Bureau: Der hier eingetroffene britische Dampfer „Lasion“, der auf dem Kanton-Fluß verkehrt, berichtet, daß er von Piraten angegriffen worden, deren Zahl auf 30 bis 100 geschätzt wird. Die Piraten, die mit Revolvern bewaffnet waren, waren in Hongkong als Bajassiere an Bord gekommen. Bei der Einsicht in das Delta des Kantonflusses erhoben sich die Piraten, töteten den chinesischen Steuermann und hielten so das Schiff auf. Sie fesselten den Kapitän, den ersten Offizier und den Ingenieur und töteten einen und vermundeten vier chinesische Offiziere. Nachdem sie die Kabine einer Missionarin und die Kabinen der Schiffsoffiziere geplündert hatten, machten sie sich in einem Boot mit beträchtlicher Beute, darunter 30 000 Mk. in bar, davon. Auch die Maschinerie des Schiffes hatten sie größtenteils zerstört.

Zenträmliche Parteipolitik in der Schule. Im elbsächsischen Landtag kam jüngst die Maßregelung eines Hilfslehrers am Gymnasium zu Jorbad in Lothringen zur Sprache, der von der Regierung wegen Dienstverhinderung durch Zentrumsagitiation in Wahlversammlungen aus dem Schuldienst entlassen worden war. Die Maßregelung wurde von allen Parteien getilgt, da sie eine Anebelung der politischen Meinung des Lehrers bedeutet. In einem längeren Artikel einer der elbsächsischen Regierung nahestehenden Zeitung rechtfertigt nun der Oberschuldirektor des Jorbad-Gymnasiums die Entlassung des Lehrers. Dabei wird auch geschildert, in welcher Weise ein katholischer Religionslehrer, ein Freund des gemäßtesten Lehrers, Parteipolitik getrieben hat. Im Ansehung an die Reichstagswahlen hat er in einer Klasse von 12- und 13-jährigen Schülern eine Probeaufgabe anfertigen lassen, in der die Beantwortung folgender Aufgabe verlangt wurde: „Pflichten eines Katholiken während der Wahlzeit.“ — Ein Schüler antwortete: „Wir Katholiken sind schuldig, den Kandidaten des Zentrums zu wählen und andere anzupöbeln, ihn zu wählen.“ Dieser Schüler kam nach Hause und verkündete freudig: „Nun will ich einmal sehen, ob ich das nächste Mal „gut“ in der Schule bekomme.“ — Ein anderer Schüler schrieb: „In der Wahlzeit, die in letzter Zeit sehr oft stattfindet, sollen wir die kirchliche Partei Zentrum verteidigen, da noch viele Parteien gegen dieselbe sind, und der, welcher einer ungläubigen Partei zumimmt, ladet eine große Schuld auf sich.“ — Eine andere Antwort lautete: „Der Katholik muß Zentrum wählen. Die Obrigkeit der Geistlichkeit hat das Recht, in allen christlichen katholischen Gemeinden Gesetze zu geben.“ — Ein vierter Schüler gab diese Antwort: „Jeder Katholik ist verpflichtet, zu wählen, da es oft auf eine Stimme ankommt, damit der Angelegte gewählt sein soll.“ Ein Schüler bestrich die den Lehrer wie folgt: „Jeder katholische Bürger hat das Recht

und die Pflicht, zu wählen. Er muß gute Katholiken, seine Schen katholiken wählen, weil wir sonst eine große Verantwortung auf uns laden.“ — Schließlich geben wir noch folgende Antwort wieder: „Der Katholik soll immer Zentrum wählen und immer wählen.“

Ein anderer Religionslehrer hielt einen Vortrag, den die Schüler nachschreiben durften. In dem Heft eines sehr zuverlässigen Schülers steht wörtlich folgendes: „Wie ist der Sozialismus entstanden? Praktischer Sozialismus gibt es erst seit den letzten Jahrzehnten. Er verdankt seine Entstehung dem Liberalismus. Dieser wollte frei sein, keine Kirchengebote anerkennen. Diese Ideen wurden veröffentlicht, ins Volk gebracht. Dieses sagte sich, wenn die Herren so sind, kann ich auch so sein, ihr habt's Geld, wir wollen auch haben. Dieser Vorgang ist ganz natürlich. Die Liberalen erkennen keinen Gott an, deshalb wollte sich das Volk auch glücklich machen auf Erden und so kam die Idee der Enteignung auf.“ . . . „An und für sich hatte deshalb der Sozialismus recht, wenn er die Ungleichheit der Stände ausgleichen wollte. Die heutige Lage der Arbeiter ist deshalb von den Liberalen herbeigeführt.“ Es ist ein großer Unterschied, ob der Lehrer sich politisch betätigt oder ob er 12- und 13-jährigen Schülern den Kopf verleiht. In den Antworten kann man ungefähr ermessen, was in den Religionsstunden während der Wahlzeiten getrieben worden ist. Und das geschah auf einem Gymnasium; wie es auf Dorfschulen und in Gemeinden, wo „Schwarz“ Trumpf ist, vorgeht, kann man sich danach vorstellen. In diesen Vorträgen erkennt man auch deutlich die Richtigkeit der sozialistischen Forderung: hinaus mit dem Religionsunterricht aus dem obligatorischen Lehrplan! Wer seinen Kindern „solchen Unterricht“ erteilt wissen will, schicke sie zu solchen Erziehern.

Organisierter schwarzer Bockott. Wie oft hat die Zentrumspresse sich nach Reichsverbandsmannier entzündet über sozialdemokratischen Terrorismus und Bockott. Daß sie selbst ihre Verbreitung zu fördern sucht, indem sie ihre Leser zum Bockott der Geschäftsleute auffordert, die das schwarze Blatt nicht halten, beweist das Blatt Viktorius Gerstenbergers, das „Bamberger Volksblatt“, das in seiner Nummer vom 7. März 1913 folgende Aufmunterung brachte:

„Hat Dein Bäcker, ? ? Hat Dein Metzger, ? ? Hat Dein Spezereihändler, ? ? Hat Dein Witt, Dein Schuster das „Bamberger Volksblatt“?“

Was hast Du ihm nicht, dasselbe zu abonnieren? — Eine Hand wäscht die andere.“

Wider die Giftmischerpresse! Mit der gelben Schandpresse, die sich national und patriotisch gebärdet, hält der Dichter Ludwig Thoma im „März“ Abrechnung. Er schildert in ergreifender Weise den alles zerstörenden Zustand des Mißtrauens und des Hasses, in den die friebliebenden Völker gegen ihren Willen hineingetrieben werden, und fährt dann fort:

„Was gibt den Anlaß zu diesem gefährlichen Mißtrauen, unter dem alles ruhige Verständnis erstickt? Eigentlich — nichts. Keine Geschehnisse, Taten, keine Wünsche noch Eroberungen, nichts.“

Diese Rüstungen dienen ja nur der Verteidigung, sind die ausgesprochenen Folgen des Mißtrauens, wie sollten sie seine Ursachen sein?

Zudem, sie kommen nach der Hege, die nach Jahren getrieben wird, vielleicht wegen ihr, sie können nicht verantwortlich gemacht werden für den Haß, der lange vor ihnen die Sinne verwirrte. Nein, geben wir der chauvinistischen Presse, was der Presse ist.

Schmälern wir nicht ihr Verdienst. Sie hat es erreicht, haben und drüben, daß alle Fäden zerrissen sind, daß jedes Wort, jede Gebärde mißverständlich wird, daß Gerechtigkeit, Humanität, Friedensliebe als schwächliche Anwandlungen von jedem schreienden Stubenhocker verhöhnt werden dürfen.

Lassen wir der gelben Presse die Ehre! Es ist die Kleinarbeit von 365 Tagen im Jahre, Mosaik, zusammengestellt aus Gemeinbeiten, Entstellungen und Lügen. Es ist die Arbeit nicht von mächtigen Geistern, sondern von kleinsten Leuten, die niedrigen Instinkten schmeicheln, verbrecherischen Begierden dienen und trotzdem durch Phrasen, durch nichts anderes als Phrasen die Ehrlichen und Verständigen zum Schweigen zwingen. . . .

Brachhände, die in einem Kriege noch nicht einmal einen Katarrh riskieren würden, dürfen als Patrioten paradien, wenn sie Janfaren blasen. . . .

Es ist alles vergiftet, und das verdanken wir der nationalen Presse.“

In diesem vernichtenden Urteil eines Dichters und ferndeutschen Mannes über das Treiben der nationalen Giftmischerpresse liegt zugleich eine hohe Anerkennung der sozialdemokratischen Presse mit eingeschlossen. Gäbe es in Deutschland nicht ein Millionenheer sozialdemokratischer Zeitungsleser, so wäre das Volk dem Treiben chauvinistischer Bockhanditen fast wehrlos ausgeliefert. Heute aber hat es niemand nötig, um die Neuigkeiten der Welt zu erfahren, den unaufrichten Gästen aus bürgerlichen Offizinen das Haus zu öffnen. Würde doch jeder, der den Frieden und die Verständigung der Völker will, jenen die Tür weihen und Leser eines sozialdemokratischen Blattes werden! Wie vieles stände dann besser!

Vom lustigen Onkel Sam. Die höchste Pflicht. Der Arbeitgeber zu dem neuen Bureaujungen: „Sie kennen Ihre Pflichten?“ „Jawohl, Herr: den Buchhalter aufzuwecken, wenn der Chef kommt.“ — Die Frage an den Redner. Redner: „Und nun: hat vielleicht einer der Herren im Publikum eine Frage an mich zu richten?“ Stimme aus dem Hintergrund: „Jawohl, Herr: wann fängt denn die Musik endlich zu spielen an?“ — Unter Kollegen. Der eine alte Mime: „Ha, mein Junge, als ich den Hamlet spielte, dauerte es 1/2 Stunde, bis einer den Zuschauerraum verließ.“ Der andere alte Mime: „War er lahm?“ — Him mel a u f Erden. Der Bewerber zu seinem künftigen Schwiegervater: „Und ich kann wohl sagen, daß ich keine Laster habe: ich rauche nicht, ich trinke nicht.“ Der Schwiegervater: „Auch meine Tochter hat keine: sie spielt nicht Klavier und sie singt nicht.“ — Der Trost. Der Maler empört: „Und dieser Bodgers will ein Kunstkritiker sein! Er hat mein Bild auf das Unbarmherzigste verrißen!“ Der Freund tröstend: „Rühmere Dich nicht um den Kerl, der hat überhaupt keine eigene Meinung, der schwächt nur nach, was alle anderen sagen.“ — Des Lebens ungemischte Freude. Familienzuwachs, wie ich höre?“ „Ja, zwei.“ „Ach Zwillinge?“ „Nein, ein Junge — und meine Schwiegermutter.“

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwark. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“

Insertate